

Jacques Santer

„IMMER DANN, WENN CHRIST-DEMOKRATEN IN MEHREREN EUROPÄISCHEN LÄNDERN DAS AMT DES REGIERUNGSCHEFS INNEHATTEN, KAMEN DIESE FORMEN VON PARTEI-KOOPERATIONEN AUCH MIT BLICK AUF DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION ZUM TRAGEN“



Jacques Santer, geboren am 18. Mai 1937 im luxemburgischen Wasserbillig, Jurastudium am Pariser Institut d'Études Politiques, Promotion zum Dr. jur. an der Universität Straßburg, Mitglied und später Vorsitzender der Studentenbewegung Jeunesse d'Étudiants Chrétienne (JEC), in den frühen 1960er Jahren praktizierender Rechtsanwalt, 1966 Eintritt in die CSV Luxemburgs, parlamentarischer Geschäftsführer seiner Partei, 1972–1974 Staatssekretär im Arbeitsministerium, Mitglied der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung, 1974–1982 Präsident der CSV, 1975–1979 Mitglied des EP, 1975–1977 Vizepräsident des EP, 1984–1995 Premierminister Luxemburgs, 1984–1989 in Personalunion Minister für Finanzen, Arbeit und Soziales, 1984–1989 Mitglied des Gouverneursrats der Weltbank, Gouverneur des IWF, 1987–1990 Präsident der EVP, 1995–1999 EU-Kommissionspräsident, 1999–2004 Mitglied des EP, Mitglied des Europäischen Konvents.

Die Interviews fanden am 20. September 2011 und am 21. Februar 2012 in Luxemburg statt und wurden geführt von Michael Gehler.

Ich freue mich sehr, mit Premierminister a.D. und EU-Kommissionspräsident a.D. Dr. Jacques Santer ein Gespräch zu führen und möchte mit den Anfängen Ihres Lebens beginnen. Sehr geehrter Herr Santer, Sie wurden 1937 in Wasserbillig in Luxemburg geboren. Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft, Ihrem Elternhaus und Ihrer Schulzeit berichten?

Ich bin am Pfingstdienstag, den 18. Mai 1937, im Elternhaus meiner Mutter in Wasserbillig geboren. Der Ort liegt an der Grenze zwischen Deutschland und Luxemburg. Das hat mich geprägt. Wenn wir in un-

serer Kindheit sagten „Wir gehen in die Stadt“, meinten wir nicht Luxemburg, sondern Trier, weil das einfach näher lag. Das hatte Einfluss auf meine zukünftigen Aufgaben. Mein Vater war Polizeibeamter in der Stadt Luxemburg und meine Mutter Hausfrau, wie das üblich war. Mein Großvater war Winzer in Wasserbillig. Ich bin in diese Winzerfamilie an der Mosel und der Sauer hineingeboren worden. Das hat zu meinem weiteren Leben beigetragen. Mein Vater stammte aus einer landwirtschaftlich orientierten Familie aus Junglinster im Zentrum des Landes. Es handelte sich um kleines Bauernmilieu, aus dem er sich herausgearbeitet hat. Ich habe nur zum Teil meine Kindheit in Wasserbillig verbracht und bin in Luxemburg aufgewachsen, wo ich auch erzogen wurde. Meine Schulzeit war durch den Krieg geprägt. Es war eine schwere Zeit. Mein Vater war arbeitsverpflichtet und wurde deportiert, weil er den vorgeschriebenen Eid nicht leistete. Luxemburg wurde am 10. Mai 1940 von der deutschen Wehrmacht besetzt und durch einen Gauleiter verwaltet. Es war Teil des Gaus Moselland. Ich kannte meinen Vater kaum, da ich erst drei Jahre alt war, als er weggebracht wurde. Meine Mutter zog daraufhin nach Junglinster und arbeitete in der Landwirtschaft. Dort bin ich aufgewachsen und in den ersten Jahren zur Schule gegangen. Die Befreiung durch die Amerikaner habe ich dort am 10. September 1944 erlebt. Es ist mir noch gut im Gedächtnis, wie man damals miteinander umgegangen ist und wie Menschen vor unseren Augen misshandelt wurden. Der Ortsgruppenleiter der Stadt Junglinster wurde von einem Widerständler erschossen. Die gesamte Männerwelt wurde nach Luxemburg ins Gefängnis gebracht, so dass nur die Frauen die Landwirtschaft aufrechterhielten. Es war nur einem Zufall zuzuschreiben, dass mein Großvater wie auch mein Onkel der Einweisung in ein Konzentrationslager entgingen oder noch Schlimmeres erleben mussten, zumal die Amerikaner nach der Landung in der Normandie sehr schnell vorrückten und die deutsche Besatzungsmacht in Luxemburg-Stadt sich nach Trier hinter die „Siegfriedlinie“ zurückzog. Das war eine Chance für die Stadt Luxemburg, die deshalb fast unversehrt blieb, während Trier, das im Schussfeld lag, vollständig zerstört wurde. So konnten meine Familienangehörigen fliehen. Mein Vater war in Deutschland, d. h. in Koblenz, Wiesbaden und anderen Städten eingesetzt. Er ist von dort geflohen, mit einem anderen Kollegen durch den Fluss Sauer geschwommen und wurde bei uns in einer Scheune versteckt. So habe ich ihn nur gesehen und kennen gelernt, wenn er nachts herauskam. Ich habe ihn fast gar nicht gekannt. Das hat mich auch geprägt. Zwar bin ich nicht direkt mit dem Krieg in Berührung gekommen, habe diesen aber durch die familiären Begleitumstände

erfahren. Ein Bruder meines Vaters sollte in die Wehrmacht zwangsrekrutiert werden. Er hat sich aber nicht gestellt und ebenfalls versteckt. Er wurde von Frauen auf einem Hofe mit Lebensmitteln versorgt. Er hatte Glück und lebt heute noch. Viele Luxemburger sind im Krieg umgekommen, sei es an der Front oder in der Heimat. Das habe ich in meiner Jugendzeit noch alles mitbekommen und erklärt auch Vieles, was meine Einstellung zu Europa anbelangt.

Diese Erfahrungen haben offensichtlich Ihr späteres Handeln und Denken beeinflusst. Wir reden heute von einer Generation, die die Kriegszeit und ihre Folgen nicht mehr erlebt hat. Sie gehören zu einer Generation, die das noch erfahren hat.

Ich habe noch sehr lebendige Erinnerungen daran. Vielleicht sind diese ein wenig verstellt, weil sie aus dem dritten, vierten und fünften Lebensjahr stammen. Am Ende des Krieges war ich aber immerhin acht Jahre alt. Da hat man schon klarere Erinnerungen. Mein Elternhaus wurde vollständig zerstört. Nach der Befreiung Luxemburgs folgte im Winter 1944 die Rundstedt-Offensive, auch Ardennenoffensive genannt. Sie verlief durch den Osten des Landes. In deren Gefolge wurde mein Geburtshaus zerstört. Mein Großvater lebte dann in Gruben von Kalkwerken, was mich auch beeindruckt hat. Wenn wir später von „Europa“ sprechen, so hatten wir eine klare Vorstellung, was es für uns bedeutet, nämlich Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich.

Sie haben am Pariser Institut d'Études Politiques studiert und an der Universität Straßburg promoviert, wo Sie Ihren Doktor der Rechte empfangen. Was hat Sie bewegt, dieses Studium anzugehen? Sie haben später als Rechtsanwalt gewirkt. Wenn Sie zurückblicken: Wer waren in Ihrer Studienzeit Leitfiguren oder Vorbilder, an denen Sie sich orientiert haben?

Das scheint mir eine sehr wichtige Frage, denn ich habe meine Orientierung geändert. Zuerst sollte ich Studienrat, also Professor oder Mittelschullehrer, werden. Ich habe deshalb zuerst Philosophie studiert. Meine Mutter wollte nämlich, dass ich Mittelschullehrer werde. Das sei ein guter Beruf, so sagte sie. Sie war auf Sicherheit bedacht und sehr unglücklich, als ich auf das Studium der Rechte kam. Sie meinte, wir seien doch aus bescheidenen Verhältnissen und hätten keine prominente Kanzlei usw. Ich hatte mich aber in den 1950er Jahren nach der berühmten Erklärung von Robert Schuman dazu entschlossen.

Schuman war Rechtsanwalt und hatte im gleichen Lyzeum studiert wie ich. Er war unser Ehrenmitglied und hat hier und da auch Reden auf Luxemburgisch gehalten. Wir sprechen ja so ein moselfränkisches Deutsch. Im Zuge der Erklärung von Schuman am 9. Mai 1950 – ich war damals in der Tertia und Quarta – wurde eine junge Föderalistenbewegung ins Leben gerufen. Es handelte sich um eine Studentenbewegung, in deren Vorstand ich gewählt wurde. So begann schon früh, wenn man so will, meine europäische Laufbahn in diesen Jahren. Diese Umstände haben mich sehr dazu bewegt, in diese politische Richtung zu gehen, weshalb ich auch nach dem Vorbild von Schuman das Rechtsstudium gewählt habe.

Kann man sagen, dass Sie aufgrund dieser Zugehörigkeit zur christlich-demokratischen Studentenbewegung auch föderalistischen Gedanken anhängen? Es gab ja eine starke föderalistische Bewegung, Stichwort: Haager Kongress 1948.

Das hat mich ganz sicher geprägt. Wir hatten als junge Leute die Zollschranken in Wasserbilligerbrück umgerissen. Das geschah ganz zum Leidwesen meines Vaters, der wie gesagt Polizeibeamter war. Er konnte unser Vergehen nicht verstehen. Es herrschte eine Begeisterung, die uns damals gepackt hat, besonders weil wir Jugendlichen alle den Krieg miterlebt hatten. Wir waren Kinder von Eltern, die umgesiedelt wurden oder in Konzentrationslagern waren. Es war eine richtige Begeisterungswelle, die uns in den Schulen mitgerissen hat. Das hat mich auch zu diesem Einsatz gebracht. Aus der Jugendbewegung JEC habe ich mein christlich-soziales Engagement bezogen. Ich war damals in keiner politischen Partei. Das kannten wir nicht. Ich wurde Vorsitzender der gesamten christlich-sozialen katholischen Jugendbewegungen. Es gab die katholische Arbeiterbewegung, die Studentenbewegung, aber auch die katholischen Pfadfinder und die katholische Landjugend. Als Vorsitzender der Jugendorganisation habe ich große Leute in diesem Gedankenspektrum kennen gelernt wie den Kardinal Joseph Léon Cardijn,⁴⁵³ ein Belgier, der die christliche Arbeiterbewegung sehr beflügelt hat. Es gab verschiedene Manifestationen. Tausende Leute kamen von uns organisiert zusammen. Das war christlich-soziales Engagement, das mich bis heute prägt. In diesem Rahmen habe ich viele meiner späteren Kom-

453 | Joseph Léon Cardijn (1882–1967), römisch-katholischer Geistlicher und Kardinal, 1912 Begründer der internationalen Christlichen Arbeiterjugend.

militonen getroffen, den Führer der katholischen Arbeiterjugend, Jean Spautz,⁴⁵⁴ der Minister in meiner Regierung wurde usw. Das waren Jugendfreunde, die wir in diesen Bewegungen und in der Landbevölkerung fanden. Das hat mich persönlich sehr bereichert. Erst sehr viel später bin ich zur eigentlichen Parteipolitik gekommen.

Sie haben bei der Beseitigung von Schlagbäumen selbst auch Hand angelegt?

Ja. Wir nahmen auch Einfluss auf die große Protestkundgebung gegen den Einmarsch der russischen Truppen in Budapest 1956. Wir demonstrierten öffentlich dagegen. Die sowjetische Botschaft in Luxemburg wurde angegriffen und in Brand gesteckt. Da waren wir dabei. Mein Vater stand als Polizist davor und die russische Botschaft ging in Flammen auf. Das sage ich nur zur Erklärung, welche Begeisterung, Freiheitsgefühle und Emotionen uns damals trieben. Das findet man heute so nicht mehr.

Sie haben als Vorbilder Schuman und Cardijn erwähnt.

Cardijn war ein großer Arbeiterführer, der uns zur christlichen Soziallehre geführt hat, die heute wieder im Entstehen ist. Die christlich-demokratischen Jugendbewegungen wurden in Luxemburg von Jesuitenpatern geleitet. Ihnen habe ich viel zu verdanken. Wir kamen regelmäßig nach der Schule abends zusammen und haben in Zirkeln diskutiert sowie eine Zeitschrift herausgegeben. Ich war zuerst derjenige, der die Rubrik „Der Bücherwurm“ betreute. Darunter rezensierten wir Bücher, die wir an Fachbibliotheken verkauften. So kamen wir auch an etwas Geld.

Sie sind sehr früh mit dem Europagedanken und der Frage der Einigung des Kontinents in Berührung gekommen – im Grunde schon in den 1950er Jahren.

Wir haben das von Beginn an miterlebt. Das Geburtshaus von Robert Schuman ist in Luxemburg. Wir haben das 350-jährige Jubiläum des Athenée de Luxembourg, des Athenäums, im Jahre 1953 gefeiert. Dort

454 | Jean Spautz (geb. 1930), luxemburgischer Politiker der CSV, 1980–1989 Minister des Innern, für Familie, sozialen Wohnungsbau und soziale Solidarität, 1979/80 und 2004–2009 Mitglied des EP.

hielt er eine große Rede und wir waren begeistert, wenn er kam. Er war ein Vorbild für Luxemburg. Wir sahen Schuman als Luxemburger – auch heute noch. Er ist hier geboren, kam vom Lothringischen und hatte eine Luxemburger Mutter. Sein Vater war aus Lothringen geflohen, weil nach 1871 Elsass-Lothringen Deutschland angegliedert wurde. In der Großgasse hatten sie sich niedergelassen und dort ein kleines Geschäft. Unsere Minister, die wir nicht so kannten, wie Joseph Bech, waren Freunde von Schuman. Sie kannten sich, sind zusammengekommen und sind gemeinsam aufgetreten. Der Sitz der Montanunion wurde ja in Luxemburg 1952 angesiedelt, zurückgehend auf den Pariser Vertrag von 1951. Er wurde im Jahre 2012 sechzig Jahre alt, aber das Jubiläum ist leider nicht sehr stark begangen worden, was eigentlich erstaunlich ist. Ich kann mich noch sehr gut erinnern. Der EuGH saß im Circle Municipal, wo so kleine Gebäude standen. Gegenüber im Gebäude saß Jean Monnet. Im Kasino waren die Sitzungen des Ministerrats. Damals gab es nicht viele Dolmetscher und so haben wir als junge Studenten und Mittelschüler übersetzt und uns ein paar Franken verdient. Auf diese Weise waren wir in Luxemburg von Anfang an mit dem Europa-Gedanken verbunden. Wir haben auch Monnet getroffen. Er wohnte auf einem Landsitz auf dem Kirchberg. Es gab damals noch keine Brücke. Er ging immer zu Fuß ins Büro. Das haben wir miterlebt. Ich war damals gerade einmal 17 Jahre alt.

Wie haben Sie Monnet in Erinnerung?

Wir standen ihm nicht sehr nahe. Er war ein einfacher Mensch, den man von weitem gesehen hat. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich jemals mit ihm gesprochen hätte. Er war aber bekannt und liebte es, hier zu leben und zu arbeiten. An dem Gebäude der Hohen Behörde ist eine Gedenktafel angebracht. Monnet hat in seinen Memoiren sehr schön beschrieben, wie Luxemburg aus seinem Dornröschenschlaf erwacht war. Dieses Umfeld hat meine Generation und mich geprägt.

Sie haben erwähnt, dass Sie ursprünglich Philosophie studieren wollten. Haben staatsphilosophische Gedanken Sie auch beeinflusst?

Die Lektüre einer meiner ersten Schriften lautete „Ist der Marxismus ein Humanismus?“⁴⁵⁶ Ich habe Marx studiert, weil er gebürtig aus Trier

456 | Friedrich Mordstein: *Ist der Marxismus ein Humanismus?* Stuttgart 1969.

ist. Ich kam zur Schlussfolgerung, wenn ich das in einem Satz sagen kann: Marx hat die richtige Analyse geleistet, aber die falschen Schlüsse daraus gezogen. Heute noch lese ich verschiedene Abschnitte von Marx. Es ist gut geschrieben und zwar in einem Deutsch, das heute noch lesbar ist. Es war ja 1848.

Sie haben erwähnt, dass Sie ursprünglich gar keiner Partei angehörten. Wann sind Sie eigentlich der CSV beigetreten? Wie hat sich Ihr Eintritt in die Politik vollzogen? Sie waren nach Ihrem Straßburger Studium Rechtsanwalt.

Nach einem Rechtsstudium muss man ein Praktikum machen. Dazu war ich in der Rechtskanzlei von Tony Bieber.⁴⁵⁶ Er war Präsident der Delegierten der CSV in der Abgeordnetenkammer (1959–1974) und ein Politiker ersten Ranges. Ich wurde von ihm angeworben, mein Praktikum in seiner Kanzlei zu absolvieren. Morgens agierte er als Rechtsanwalt, nachmittags als Fraktionsführer. Das war damals möglich. So wurde ich mit der Partei vertraut. Als junger Anwalt verdiente man wenig Geld. Es reichte gerade, um Benzin für das Auto zu bezahlen. Ich bewarb mich um eine Stelle im Arbeitsministerium. So wurde ich Regierungsattaché im Dienst des Arbeits- und Sozialministeriums. Der christlich-soziale Minister für Landwirtschaft und öffentliche Gesundheit Émile Colling⁴⁵⁷ hat mich engagiert. Wir waren nur zu dritt im Ministerium. Das war zu Beginn der 1960er Jahre. Ich habe mich in das Sozialwesen eingearbeitet und bin auf diese Weise Arbeitsrechtler geworden. Wir konzipierten eine Rentenreform. Das hat mich weiter beeinflusst wie es auch meinen Nachfolger Jean-Claude Juncker geprägt hat. Dann wurde ich durch Landwirtschaftsminister Émile Schaus⁴⁵⁸ gefragt, ob ich nicht Lust hätte, parlamentarischer Fraktionssekretär zu werden. Er wohnte in unserer Straße. Eine seiner beiden Töchter war mit mir in den Tanzkurs gegangen. So haben wir Kinder uns kennengelernt. Das Amt eines Fraktionssekretärs gab es damals noch nicht in Luxemburg. Es wurde erst eingeführt. Ich antwortete „Warum nicht?“ Ich war noch Junggeselle, nahm das Amt an und wurde erster parlamentari-

456 | Tony Bieber (1908–1990), luxemburgischer Politiker der CSV, 1964/65 Präsident seiner Partei.

457 | Émile Colling (1899–1981), luxemburgischer Politiker der CSV, 1954–1959 Minister für Landwirtschaft und öffentliche Gesundheit, 1959–1964 Minister für Arbeit und soziale Sicherheit.

458 | Émile Schaus (1903–1994), luxemburgischer Politiker der CSV, Minister für Landwirtschaft.

scher Geschäftsführer der CSV in Luxemburg. So war ich in der Partei. Das war 1966. Ich will nicht sagen, dass ich vorher nicht ihre Ideen vertreten hätte, aber ich war weder aktives Mitglied noch in der Jugendsektion der Partei gewesen. Dass ich Geschäftsführer wurde, verdanke ich diesem persönlich-örtlichen Zufall, der mein Leben verändert hat. Sonst hätte ich eine einfachere Laufbahn eingeschlagen. Ich habe mich rasch eingearbeitet. Damals amtierte die Regierung von Pierre Werner. Ich habe alle Abgeordneten und Minister kennen gelernt. Als bald gab es 1967 eine Regierungskrise. Es war die letzte, die wir in Luxemburg hatten. Mit der NATO-Mitgliedschaft war die Militärflicht gekommen. Einer meiner Freunde, den ich in der Arbeiterbewegung kennen gelernt hatte, war Abgeordneter und hatte die Abschaffung der Militärflicht bewirkt. Wir hatten eine Koalition mit den Sozialisten. Er hatte sie – als sie nicht aufpassten – links überholt und einen Antrag gestellt, in dem die Regierung aufgefordert wurde, die Militärflicht abzuschaffen. Ich habe den Militärdienst noch mitgemacht und war einer der letzten Jahrgänge. Der Antrag wurde angenommen und es folgte eine Militärkrise, denn die Frage lautete: „Wie kommen wir nun mit unserem NATO-Beitrag zurecht?“ Werner war ungehalten und der Armeeminister überfordert. Er war nicht darauf eingestellt. So mussten wir einen anderen Beitrag für die NATO überlegen. Das wollten die Sozialisten aber nicht mitmachen. So begann eine Vertrauenskrise in der Regierungskoalition. Hinzu kam, dass die Sozialisten mit der Fortführung der Rentenreform, der sie vorher noch zugestimmt hatten, nicht mehr konform gingen. So kam es zum Bruch in der Koalition und vorgezogenen Wahlen im Dezember 1968. Ich ließ mich zum ersten Mal aufstellen, wurde zwar nicht direkt gewählt, blieb aber parlamentarischer Geschäftsführer und war bei den Verhandlungen dabei. Die Regierungskoalition wurde umgeworfen und es bildete sich eine liberal-christlich-soziale Koalition. Einer der umstrittenen Punkte des Pakets, der auch zur Krise geführt hatte, war die Einführung der Mitbestimmung in den Betrieben. Diese wurde in Deutschland unter Kurt Biedenkopf eingeführt, den ich damals kennen gelernt hatte. Er war in diesen Jahren 1967 bis 1969 Professor bzw. Rektor an der Ruhr-Universität in Bochum. Die Mitbestimmung war eine der wesentlichen Fragen. Sie wurde mit den Liberalen ins Regierungsprogramm aufgenommen trotz des Umstandes, dass sie zu Beginn Schwierigkeiten machten. Es gab in Luxemburg einen kleinen Skandal, in den die erste Frau in der Regierung involviert war. Ein Priester sollte einen Jungen missbraucht haben und wurde verurteilt. Die Ministerin war die Patin dieses Priesters. Sie war völlig unschuldig, hatte sich aber in dieser Krise unge-

schickt verhalten und musste demissionieren. Werner hatte sie dazu aufgefordert. Das tat sie auch und musste ersetzt werden. Die sozialen Probleme waren ungelöst – sowohl die Rentenreform wie auch die Mitbestimmungsfrage. Das war 1972. Da 1974 Neuwahlen anstanden, wurde gefragt, wer sich der Sache annehmen könnte. Der Sozialminister Jean Dupong,⁴⁵⁹ der auch Präsident der Partei (CSV) war, sagte: „Wir haben einen vortrefflichen parlamentarischen Geschäftsführer, der Arbeitsrechtler ist. Er kennt ja die sozialen Probleme.“ So wurde ich sein Staatssekretär im Arbeitsministerium. Da Werner auch einen Staatssekretär brauchte, zu der Zeit, als 1971 sein Währungsplan entstand, wurde ich dort auch Staatssekretär. Ich habe die Mitbestimmung nach dem Biedenkopfschen Modell eingeführt. Das war in Luxemburg nicht so einfach, weil wir französisches Gesellschaftsrecht haben. Man musste in das französische Gesellschaftsrecht ein Modell einführen, das für Deutschland bestimmt war. Das hat bis heute verschiedene Schwierigkeiten verursacht. Wir haben keinen Aufsichtsrat, sondern einen Verwaltungsrat, der volle Befugnisse hat. So musste man mit den Gewerkschaften die Mitbestimmung einführen. Diese sitzen im Verwaltungsrat und sie bestimmen so wie auch die Aktionäre mit. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Weil sie mitbestimmen, hatten wir ein Problem. So haben wir die gemischten paritätischen Betriebsräte eingeführt. Den Mitgliedern im Verwaltungsrat haben wir die Möglichkeit der Vertretung der Gewerkschaften gegeben und zwar nicht der Gewerkschaften, die in Betrieben sind, sondern jenen von außerhalb. Wir haben drei große Gewerkschaften, die eher links gerichtete Gewerkschaft sozialistischer Prägung, den unabhängigen Gewerkschaftsbund und die christlichen Gewerkschaften, die relativ stark sind. Sie haben nie fusioniert. Wir haben also keine gewerkschaftliche Einheit. Die dritte ist für die Privatbeamten zuständig. Es hat funktioniert. In den Jahren 1973 bis 1974 wurde die Mitbestimmung eingeführt und zwar gemeinsam mit der großen Industrie, der Stahlindustrie, die damals in Luxemburg noch allmächtig war, in den Banken, wo es die größten Probleme gab und besonders in den amerikanischen Betrieben. Wir haben heute noch viele amerikanische Betriebe in Luxemburg, die seinerzeit dagegen waren. Als aber dann später die Krisen kamen, waren die Amerikaner die ersten, die gesagt haben: „Das war eine wunderbare Erfindung, wenn wir das nicht gehabt hätten.“ In den Wahlen von 1974 bin ich

459 | Jean Dupong (1922–2007), luxemburgischer Politiker der CSV, 1965–1972 Präsident seiner Partei, 1969–1974 Minister für Bildung, Arbeitsrecht und soziale Sicherheit.

gleich nach Werner zweiter geworden. Wir mussten allerdings in die Opposition gehen und ich wurde ihr Anführer.

Sie haben deutlich gemacht, dass die soziale Dimension für Sie als Politiker eine große Rolle gespielt hat. Sie wurden Arbeitsrechtler. Ich würde gerne noch einmal auf die Jahre von 1972 bis 1974 zurückkommen, als Sie Staatssekretär für Arbeit und soziale Sicherheit und auch im engsten Umfeld von Werner für die Kultur zuständig waren. Dürfte ich Sie bitten, Werner zu charakterisieren?

Werner kannte ich schon aus meiner Studentenzeit sehr gut. Er war so wie ich Vorsitzender der christlich-katholischen Studentenorganisation. Als wir die 50-Jahr-Feier begingen, sind wir beide gemeinsam aufgetreten. Er schreibt in seinen Memoiren, die veröffentlicht sind, er sei damals schon auf mich aufmerksam gemacht worden. Das war im Stadthaus in Luxemburg, wo wir eine große akademische Veranstaltung hatten und beide eine Rede hielten. So haben wir uns kennengelernt. Werner war ein Mann, der nicht aus der Partei kam. Er hat dort nie eine Führungsrolle innegehabt. Er war Banker im wahrsten Sinne des Wortes und wurde nach dem Krieg vom damaligen Ministerpräsidenten Pierre Dupong zum ersten Bankenkontrollkommissar und zu seinem finanzpolitischen Berater ernannt. Werner war der Erste, der im Rahmen des Weltwährungsfonds einen Vertrag für Luxemburg ausgehandelt hatte, der dazu beitrug, das Land wieder aufzubauen. Ein Drittel des Landes war zerstört gewesen und musste rekonstruiert werden und wir hatten kein Geld. Es wurde alles mit Krediten wieder aufgebaut. Es hat bis 1968 gedauert, bis wir alles zurückzahlen konnten. Dank der Verhandlungen von Werner wurde unser Land sehr schnell wieder aufgebaut. Vieles war bei uns schon wiedererrichtet, bevor die Deutschen damit begannen. Das habe ich auch von Wasserbillig aus mit Blick über die Mosel und die Saar gesehen. Die Familien hüben und drüben waren ja verwandt. Große Europäer waren fast alles Menschen aus Grenzregionen wie eben Robert Schuman, aber auch Joseph Bech, Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi. Für uns war das bedeutend und das prägt auch bis heute.

Dupong verstarb früh an einer Thrombose. So wurde Werner Finanzminister. Er war christlich geprägt, sehr religiös und hat seinen Glauben gelebt. Als wir die Stahlkrise hatten, ging es sehr hart her. Am Karfreitag saß ich während einer Regierungssitzung neben Werner. Er sagte zu mir: „Entschuldige, ich muss einmal rausgehen. Du kannst die Sitzung weiter leiten, ich komme gleich wieder.“ Nach einer halben Stunde kam

er zurück. Er war in der Kathedrale zum Beten gewesen. Zur Gebetsstunde am Karfreitagnachmittag hat er die Sitzungen immer verlassen. Werner war gutmütig und ein geradliniger Mensch. Wir haben uns gut verstanden – auch unsere Ehefrauen. Man hat ihm zuweilen vorgeworfen, er denke nicht so sehr politisch. Er war aber kein Parteipolitiker, sondern hat nach seinen Grundsätzen gelebt und diese auch beibehalten. Daran hat er geglaubt und das kann man noch heute nachlesen.

Walter Hallstein hat übrigens den Währungsplan von Pierre Werner beschrieben. Wenn man in der Diskussion, die wir heute führen, das nachliest, was Hallstein über Werner geschrieben hat, versteht man besser, was Werner damals gesagt hat, nämlich, dass man beides, die Wirtschafts- und die Währungsunion, zusammenführen müsse. Selbstverständlich kann das nur stufenweise geschehen. Man kann nicht so schnell die Wirtschaftspolitik harmonisieren, aber zu einem späteren Zeitpunkt, wenn man eine Währungspolitik durchführen und durchhalten will, muss sie harmonisiert sein. Das hat Werner 1971 klar gesagt. Das ist genau das, wo wir jetzt wieder stehen. Werner hatte ganz klare Vorstellungen davon und zwar deshalb, weil wir das einzige Land waren, das in einer Art Währungsunion bzw. -assoziation mit Belgien lebte. Damit hatte er seine Erfahrungen gemacht, so wie ich auch. Es waren nicht immer die besten. Aber man hat daraus gelernt, wie eine Währungsassoziation funktioniert. Als die Belgier 1982 unilateral abwerteten, habe ich Werner zum ersten Mal wütend gesehen. Sein Amtskollege war damals der belgische Premierminister Wilfried Martens. Als ihm von uns vorgeworfen worden war, dass er den Vertrag nicht eingehalten, uns nicht konsultiert und damit auch die Abwertung des luxemburgischen Francs vorgenommen hatte, schrieb er sinngemäß in seinen Memoiren: „Ich wusste sehr wohl, dass Werner dagegen war, deshalb habe ich nicht gefragt.“

Werner war ein guter Arbeiter in dem Sinne, dass er von sich aus Vieles konzipiert und seine Reden auch größtenteils selbst geschrieben hat, was man heute nicht mehr so oft findet. Er hatte sehr großes Ansehen als Finanzfachmann, sonst wäre er nicht so jung Finanzbeauftragter geworden. Das Projekt „Währungsunion“ zu konzipieren, ist schon eine Leistung gewesen. Der deutsche Finanzfachmann und spätere Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer⁴⁶⁰ war damals übrigens auch dabei.

460 | Hans Tietmeyer (geb. 1931), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1982–1989 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, 1993–1999 Präsident der Deutschen Bundesbank.

Als ich 1979 Finanzminister wurde, sagte Werner mir: „Ich gebe Dir einen guten Rat. Als Finanzminister darf man nie öffentlich über Währungsfragen sprechen.“ Daran habe ich in letzter Zeit oft gedacht. Werner hat wegen der Märkte und der Spekulation nie darüber gesprochen. So waren seine Gedanken. Wenn jetzt die Finanzminister in Brüssel einmarschieren, gehen sie zuerst zu den Mikrofonen und reden schon, bevor die Sitzung begonnen hat. Dann wundert man sich, dass die Finanzmärkte unruhig werden und die Währungen auseinanderdriften.

Wir wissen, dass der Schuman-Plan einen Ideengeber hatte, nämlich Jean Monnet. War der Werner-Plan genuin sein Werk oder gab es hier auch Ratgeber? Sie erwähnten auch kurz Hans Tietmeyer. Wie würden Sie das einschätzen?

Ganz sicher gab es mitwirkende Fachleute vom IWF, von der Weltbank wie auch Konsultationen mit Ministern. Werner war nie enger Monetarist so wie der französische Finanz- und Wirtschaftsexperte Jacques Rueff,⁴⁶¹ der gesagt hatte: „L'Europe fera par la monnaie ou il ne fera pas.“ So weit ging Werner nicht. Aber er hat gesagt: „Wenn wir einen großen Markt haben und Europa zementieren wollen, dann brauchen wir eine gemeinsame Währung, sonst funktioniert das nicht.“ Das war sein Diktum. Das hat er in vielen europapolitischen Diskussionen wiederholt ganz klar zum Ausdruck gebracht. Er war für die Zusammenführung von Wirtschafts- und Währungspolitik und hat sich auch als erster europäischer Politiker für die gemeinsame Währung ausgesprochen. Man hat diese damals zuerst „Euror“ genannt. Es bestand ja noch die Bindung der Währungen an das Gold. Es muss in einer Rede in Straßburg im Jahre 1972 gewesen sein, in der Werner das vorgebracht hat. Ich habe im Nachhinein öfters mit ihm darüber gesprochen. Als wir den Euro einführten, habe ich ihm bei einer offiziellen Gelegenheit symbolisch die neue Währung überreicht.

Wie hat Werner reagiert?

Er war selbstverständlich sehr zufrieden. Er zählte noch zu jenen Politikern, die mit Distanz über der politischen Menge standen. Er genoss

461 | Jacques Rueff (1896–1978), französischer Politiker und Wirtschaftswissenschaftler.

sehr großes Ansehen in Luxemburg. Gegen Ende seiner Amtszeit begann sein Leidensweg. Er wollte wegen seiner Frau abtreten, die sehr krank und behindert war. Nach Aufgabe des Staatsministeriums wollte er nur noch mit ihr leben. Leider ist seine Frau einen Monat vor seinem Abtritt gestorben.

Von 1974 bis 1979 waren Sie Mitglied der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung. Sie waren auch im EP aktiv und sogar dessen Vizepräsident. Wir befinden uns in einer Zeit, die mit einer Aufbruchphase verbunden war. Man sprach zwar rückblickend wiederholt von dieser Zeit als eine Zeit der „Eurosklерose“, aber dieses Urteil stimmt so gar nicht. Wir sind im Vorfeld der ersten Direktwahlen zum EP. Wie haben Sie die Stimmung Ende der 1970er Jahre im Vorfeld der ersten Direktwahlen im Parlament erlebt?

Wie Sie zu Recht sagen: Im EP hatte man sich auf die Direktwahl konzentriert. Die Parteien waren darauf eingeschossen. Die Frage, die sich damals stellte, lautete: Werden die Direktwahlen stattfinden, ohne dass das Parlament größere Befugnisse erhält? Ich bin heute noch der Meinung und zwar mehr denn je, dass die Direktwahl mit größeren Kompetenzen des Parlamentes hätte verknüpft werden müssen. Wir hatten nun ein direkt gewähltes Parlament mit entsprechender Legitimität. Das hatte es ja vorher nie gegeben. Es war klar, dass es nun auch versuchen wird, Kompetenzen an sich zu reißen und sich daraus ein Zusammenstoß mit anderen Institutionen ergeben würde. Ich habe es selbst erlebt. Allerdings war der Rat ja nicht dem Parlament gegenüber verantwortlich, wohl aber die Kommission, obschon die beiden ja ein gemeinsames Interesse gegenüber dem Rat hatten. Das war der Ursprung der häufigen Krisen zwischen Kommission und Parlament, die sich zu meiner Zeit als Kommissionspräsident zuspitzen sollten. Ein wichtiger Grund bestand darin, dass man dem EP für die Direktwahl nicht genügend Kompetenzen gegeben hat. Das war ein kapitaler Fehler. Man hatte angenommen, dass dies durch die Direktwahl automatisch geschehen würde, was aber nicht der Fall war. Erst die späteren Verträge haben in einzelnen Fortschritten von Maastricht bis Lissabon die Kompetenzen des Parlaments ausgebaut. Das war damals schon die große Diskussion, die in den 1970er Jahren stattgefunden hat.

Man hat dieses Dilemma schon frühzeitig erkannt und darauf hingewiesen.

Man hat es klar gesehen, aber es hat jahrelang gedauert. Man hätte erkennen müssen, dass es nicht genügt, den Bürgern eine Legitimation zu geben, wenn man nicht auf der anderen Seite eine Kompetenzerweiterung schafft.

Wie haben Sie die Direktwahlen in Luxemburg und in Europa in Erinnerung?

Das war sehr eigenartig, denn die Direktwahlen fanden 1979 statt, als wir auch in Luxemburg Wahlen hatten. Wir haben auch eine Fünfjahresperiode. Durch die Regierungskrise, die wir 1967 hatten, waren sie verschoben worden. Zwischenzeitlich ereignete sich keine Regierungskrise mehr, so dass wir die Direktwahlen zum EP immer zur gleichen Zeit mit unseren Wahlen hatten. Die luxemburgische Verfassung sieht vor, dass unsere Wahlen am zweiten Sonntag im Juni stattfinden, wenn dieser Tag nicht auf Pfingsten fällt. Die Direktwahlen zum EP finden auch immer im Juni statt. Um nicht zweimal innerhalb von acht Tagen wählen zu müssen, hat man beides zusammengelegt. Das führte dazu, dass die Spitzenkandidaten sowohl für die Direktwahl zum EP als auch für die nationale Wahl dieselben waren. Sie mussten sich entscheiden, ob sie in die nationale oder in die europäische Politik gehen würden. Das hat sich jetzt beim letzten Mal im Jahre 2009 geändert. Alle Parteien waren sich einig, dass auf der Europaliste nicht dieselben Kandidaten wie auf der nationalen Liste gereiht sein sollten. Sonst verliert Europa seine Identität bei der Bevölkerung und die Menschen gehen nicht mehr zu den Wahlen. So bin ich immer ins Europaparlament gewählt worden und nie zum Kandidaten für unser Parlament. Ich bin dann immer nur zur ersten Sitzung hingegangen und dann rückte ein anderer nach und ich wurde wieder Premierminister. Meinen Kollegen im Europaparlament gegenüber war das nicht sehr fair. Natürlich war es für jene, die in die Opposition kamen, ein gutes Ersatzvehikel.

Mit Blick auf die Frage der Wahlbeteiligung ist das Luxemburger Modell aber alles andere als ein Misserfolg, wenn man sieht, wie stark die Wahlbeteiligung zum EP in anderen Ländern in den vergangenen Jahrzehnten abgenommen hat. Durch die Koppelung mit den nationalen Wahlen war die Wahlbeteiligung auch für das Europaparlament in Luxemburg jedenfalls relativ hoch.

Wir hatten im europäischen Vergleich immer die höchsten Beteiligungen, aber auch allgemeine Wahlpflicht.

Sie haben die Zeit in den 1970er Jahren im Parlament in Brüssel erlebt, kehrten in die heimische Politik zurück und wurden Minister für Arbeit, Finanzen und soziale Sicherheit. Wie weit hat Sie die Erfahrung im EP mit Blick auf die nationale Politik, auf Ihr Ministeramt und Ihre Tätigkeit als Premier beeinflusst? Wie gestaltete sich dabei auch das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland?

Es ist klar, dass man diese Politik selbstverständlich in die nationale Politik hineingetragen hat. Wir hatten, was die Sozialpolitik anlangt, an sich nie größere Auseinandersetzungen. Bei der Finanzpolitik war das schon heikler. Wegen des Finanzplatzes musste man aufpassen. Er war einerseits durch die Stahlkrise sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden und wurde andererseits weiter ausgebaut, wenn auch auf anderem Gebiet. Da kam uns die Erfahrung, die ich in Brüssel und Straßburg gemacht hatte, zugute, besonders während der Stahlkrise Ende der 1970er Jahre. Der große Schlag erfolgte ja zu Beginn der 1980er Jahre, als die Krise in Luxemburg 1982 voll durchschlug. Erst vor ein paar Tagen haben wir „100 Jahre Stahlindustrie in Luxemburg“ gefeiert. In diesen Krisenzeiten hat uns Brüssel viel geholfen. Ich sage das auch immer zu den Euroskeptikern bei uns. Wenn wir damals Brüssel und den Davignon-Plan⁴⁶² nicht gehabt hätten, würde unsere Stahlindustrie wahrscheinlich nicht mehr bestehen. Der Belgier Étienne Davignon war damals EG-Kommissar für Binnenmarkt, Verwaltung der Zollunion und Industrie (1977–1985) sowie Vizepräsident der Kommission. Er war maßgeblich für die Beilegung der Krise im Bereich der Montanindustrie. Für den wenigen Stahl, den wir in Luxemburg verbrauchen, benötigt man keine Stahlindustrie. Durch den Davignon-Plan, der Kontingente für jedes Land vorsah, haben wir uns behaupten können. Ohne diesen Plan wären wir sicher in Insolvenz gegangen. So haben wir die Stahlindustrie mit Hilfe von größeren Mächten restrukturiert. Wir hatten 19 verarbeitende Stahlindustrien in Deutschland, die alle in Schwierigkeiten waren. Wir hatten das Saar-Stahlwerk an der Grenze für eine DM übergeben und ein riesiges Stahlwerk in Brasilien, das Schwierigkeiten bereitete, in den USA sehr viele Kohleminen usw. Alles das kam zur gleichen Zeit als Problemkomplex zusammen und musste gelöst, d. h. restrukturiert werden und zwar von einem Völkchen von 350.000 bis

462 | *Davignon-Plan zur Schaffung der EPZ von 1970, entwickelt unter Leitung von Étienne Davignon (geb. 1932), belgischer Politiker der PSC, heute Centre Démocrate Humaniste, 1977–1985 EU-Kommissar für Binnenmarkt, Unternehmen und Industrie, Steuern und Zollunion und Energie.*

400.000 Einwohnern. Wir haben eine Extra-Steuer zur Finanzierung eingeführt, die heute noch besteht, die Gehälter gekürzt und eine Anti-Krisen-Politik eingeleitet, die Notstandsarbeiten vorsah – das waren alles drastische Maßnahmen. Es war eine dramatische Situation, aber die Instrumente aus Brüssel und die Maßnahmen des Davignon-Plans waren hilfreich. Das waren die Erfahrungen aus den schweren 1980er Jahren. Ich bin heilfroh, dass wir das überlebt haben. Im Anschluss an diese Phase mussten wir innovativ werden. Wir haben das Satellitengeschäft eingeführt und heute die größte Satellitengesellschaft der Welt, die Europäische Satellitengesellschaft, die in Betzdorf ansässig ist. Die anfänglichen Schwierigkeiten mit der Behauptung von RTL auf dem Markt der TV-Medien und die Problematik der Integration der vielen Nationalitäten im Lande haben wir auch überwunden bzw. gelöst. Es war nicht einfach, das alles zu bewältigen und zu konsolidieren. Das Finanzministerium hat Initiativen ergriffen und Rückversicherungsgesellschaften nach Luxemburg gebracht. Damals waren es zwei, heute sind es über 200 solcher Gesellschaften. Das kostete viel Anstrengung und erforderte auch Know how. Wir hatten gute Berater aus der Privatindustrie. Der Aufbau ging langsam vonstatten. Wir mussten hart kämpfen.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Mit Deutschland hatten wir nie ein Problem. Damals war Helmut Schlesinger⁴⁶³ Bundesbankpräsident. Er war nicht lange im Amt, zuvor war Karl Otto Pöhl⁴⁶⁴ während der deutschen Einigung Bundesbankpräsident und Hans Tietmeyer folgte in der Vorbereitung der Einführung des Euro. Sie kannten die Finanzkanäle genau und wussten, dass auch Geld von deutschen Bundesbürgern nach Luxemburg ging, aber in ihre Industrie zur Finanzierung der Investitionen in Deutschland wieder zurückfloss. Wenn das Geld in ein anderes Land geflossen wäre, wäre es schon schwieriger geworden. Wir Luxemburger verbrauchten das Geld nicht für unsere Investitionen, sondern gaben es wieder zurück nach Deutschland. Pöhl hat mir einmal gesagt: „Ein Finanzplatz braucht immer eine zweite Lunge. London hat die Channel Islands, Frankreich Monaco und wir haben Luxemburg.“ Das hat er realistisch gesehen, aber es ging nicht alles von selbst. Man

463 | *Helmut Schlesinger (geb. 1924), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1991–1993 Präsident der Deutschen Bundesbank.*

464 | *Karl Otto Pöhl (geb. 1929), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1972–1977 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, 1980–1991 Präsident der Deutschen Bundesbank.*

musste besonders gute Beziehungen haben. Das haben wir auch fertig gebracht. Ich habe immer gesagt: „Mein kleines Volk hat große Freunde.“ Diese hatten wir zum Glück. Mit Rheinland-Pfalz hatten wir gute Beziehungen wie auch mit dem Saarland, sogar als Oskar Lafontaine dort als Ministerpräsident amtierte, gleichwohl er nicht sehr viel zu Wege gebracht hat, was die Stahlindustrie betraf. Da war er zurückhaltender. Er war auch privat öfters hier in Luxemburg. Werner Zeyer⁴⁶⁵ war ein sehr guter Ministerpräsident im Saarland. Er hat sehr viel unternommen und ist daher auch wieder gewählt worden. In Rheinland-Pfalz hatten wir Helmut Kohl, der Pierre Werner noch aus früheren Zeiten als Ministerpräsident kannte. Wir haben Kohl sehr tatkräftig unterstützt als er Oppositionsführer war. Wir hatten anlässlich der Direktwahlen für das EP eine große Veranstaltung für Kohl im Theater von Luxemburg organisiert. Leo Tindemanns war gekommen und Pierre Werner hat gesprochen. Das hat uns Kohl nie vergessen.

Sie kannten Kohl schon seit den 1970er Jahren?

Nein, das war erst später, nämlich in den 1980er Jahren, vor allem dann besonders in der Zeit von 1987 bis 1990, als ich Präsident der EVP war. Aber zunächst zum regionalen bzw. zwischenstaatlichen Rahmen: Wir hatten ja grenzüberschreitende Verträge mit Rheinland-Pfalz abgeschlossen und dabei Sicherheits- bzw. Gewässerprobleme zu lösen. Kohl kannte die Geschichte Luxemburgs nach dem Zweiten Weltkrieg sehr gut. Er ist ja Historiker und der erste deutsche Bundeskanzler, der eine Normalisierung zwischen unseren beiden Ländern eingeleitet, vor allem die Lösung des Problems der Zwangsrekrutierung vorgenommen hat, über das ich einleitend gesprochen habe. Luxemburger waren während des Krieges in die Wehrmacht eingezogen und vom Deutschen Reich als Volksdeutsche angesehen worden. Deshalb bekamen sie keine finanziellen Kompensationen, d. h. Renten. Ich habe diesbezüglich viele Gespräche mit dem deutschen Finanzminister Gerhard Stoltenberg geführt. Er hat das nie eingesehen. Stoltenberg war Norddeutscher. Er kam aus Schleswig-Holstein. Kohl als Rheinland-Pfälzer hat es verstanden. Schon bei unserem ersten offiziellen Treffen in Bonn im Jahre 1984, als ich Ministerpräsident geworden bin, sagte er zu mir: „Gut, ich kenne das Problem mit dem Gauleiter und dem Staatsanwalt Drach.“

465| Werner Zeyer (1929–2000), deutscher Politiker der CDU, 1979–1985 saarländischer Ministerpräsident.

Wir begradien das.“ Gauleiter Gustav Simon⁴⁶⁶ lebte nicht mehr lange nach Kriegsende. Leonhard Drach⁴⁶⁷ hatte Todesurteile für Luxemburger zu verantworten und wurde nach dem Krieg in Rheinland-Pfalz wieder im Justizdienst tätig und sogar zum Oberstaatsanwalt befördert. Kohl hat dann in die Schaffung einer Stiftung eingewilligt, die mit 250 Millionen DM gegen den Entscheid seines Finanzministers finanziert wurde, womit die Probleme der Entschädigungen und Kompensationen für Zwangsrekrutierungen von Luxemburgern im Zweiten Weltkrieg geregelt wurden. Daraufhin habe ich Kohl zum ersten Mal nach Luxemburg eingeladen, um vor dem Monument der Solidarität einen Kranz niederzulegen. Er nahm die Einladung an, kam und war der erste deutsche Bundeskanzler, der an diesem Denkmal präsent war. Zu früheren Zeiten, wenn ein Bundeskanzler oder ein Bundesaußenminister nach Luxemburg kam, sei es Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher oder früher noch Bundespräsident Theodor Heuss, gab es einen Staatsakt mit Gegendemonstrationen. Kohl hat das alles in Ordnung gebracht.

Im Jahre 1984 befinden wir uns in einer Zeit, in der sich Kohl auch mit Mitterrand in Verdun vor den Gebeinhäusern trifft, die an die riesigen Opferzahlen des Ersten Weltkriegs erinnern. Das Luxemburger Aussöhnungsszenario ist in der deutschen historischen Erinnerung wie auch in der deutschen Geschichtsschreibung weit weniger bekannt. Auch mit Luxemburg und Ihnen agierte Kohl auf versöhnliche Weise.

Ja, er war der erste Bundeskanzler, der das getan hat. Andere aus dem Norden hatten diese Sensibilität nicht. Das muss man sehen und anerkennen. Es hat Kohl im Luxemburg der 1980er Jahre auch viel Achtung eingetragen.

In den Jahren 1987 bis 1990 waren Sie Vorsitzender der EVP. Gibt es gegenüber den Sozialisten und Kommunisten einen Nachholprozess bei den christlich-demokratischen Parteien, was ihre internationale Zusammenarbeit angeht und wie wäre dieser dann zu erklären?

466 | Gustav Simon (1900–1945), deutscher Politiker der NSDAP, 1933–1945 Gauleiter des Mosellandes.

467 | Leonhard Drach (1903–1996), deutscher Jurist und Politiker der NSDAP, 1941 Erster Staatsanwalt in Koblenz, 1945 zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, 1954 begnadigt.

Man kann dies so sehen. Jedoch möchte ich anmerken, dass die Zusammenarbeit der christlich-demokratischen Parteien auf europäischer Ebene zunächst auf Ebene der NEI organisiert war. Das waren lose Gruppierungen, die sich seit Ende der 1940er Jahre zusammenfanden und über europäische Fragen diskutierten. Das Problem war damals schon die parteipolitische Situation in Frankreich: Die Franzosen haben stets das „Syndrom“ der Laizität, was sich auch auf die bürgerlichen Parteien überträgt. Sie möchten sich nicht als „Christdemokraten“ benennen lassen, was sehr eigenartig ist. Denken Sie z. B. an das MRP oder die Partei Robert Schumans, die Union Republicaine Lorraine (URL). Es fehlte in Frankreich auch an einer einheitlichen Parteienstruktur, was diesem politischen Lager schließlich zum Verhängnis werden sollte, als Charles de Gaulle 1958 an die Macht kam und gemeinsam mit Pierre Pflimlin die französischen Christdemokraten aufzog. Diese Entwicklungen wirkten sich auf die europäische Ebene aus, sodass wir es zunächst mit einer relativ losen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu tun hatten.

1965 ging dann die EUCD aus den NEI hervor. Auf deutscher Seite spielte Kai-Uwe von Hassel eine tragende Rolle und sollte später auch Vorsitzender werden. Es fanden in regelmäßigen Abständen Zusammenkünfte statt, wodurch die gemeinsame Politik der christlich-demokratischen Parteien Europas konkretisiert werden konnte. Die CSV Luxemburgs war immer Teil dieser Zusammenschlüsse. Wir haben in den sogenannten *Interparty-Conferences* sogar versucht, Brücken zu den britischen Konservativen zu schlagen. Dies war zu einer Zeit, als diese unter Edward Heath⁴⁶⁸ proeuropäisch eingestellt waren. Überhaupt habe ich persönlich die Labour-Partei immer für deutlich anti-europäischer gehalten als die Konservativen, zu denen wir gute Beziehungen pflegten. Hieraus sollte Ende der 1970er Jahre mit der EDU ein weiterer Zusammenschluss von europäischen Parteien der rechten Mitte entstehen. Als immer deutlicher wurde, dass es auch im EP zu Fraktionsbildungen kommen musste – und dies vor allem mit Blick auf die erste Direktwahl 1979 – haben die Parteien begonnen, sich wirklich zu strukturieren, wodurch auch die EVP entstanden ist. Dass man sich hinsichtlich der Namensgebung auf den Terminus „Volkspartei“ geeinigt hat, war das Ergebnis langer Diskussionen und nicht zuletzt ein Zuge-

468 | *Edward Heath (1916–2005), britischer Politiker der konservativen Partei, 1965–1975 Vorsitzender seiner Partei, 1970–1974 Premierminister seines Landes.*

ständnis an die Franzosen. Wichtig war es, den Volksparteiedanken zu signalisieren. Die EVP wurde 1976 in Luxemburg gegründet. In ihr waren neben den Deutschen vor allem die Italiener von der DC eine treibende Kraft. Jedes Land konnte, sofern die politische Ausrichtung stimmte, mehrere Parteien stellen. So waren etwa die Holländer durch die ARP, die CHU sowie die KVP gleich dreifach vertreten. Erster Präsident war Leo Tindemans, gefolgt von Piet Bukman, der mein Vorgänger war.

Parteivorsitzender wurde ich 1987 auf Vorschlag von Helmut Kohl. Das war die Zeit nach dem EG-Beitritt Spaniens und Portugals. Es galt daher auch, die Parteien dieser Länder in unsere Formation zu integrieren, was nicht unproblematisch war, da es verschiedene christlich-demokratische Parteien gab, deren Verhältnis untereinander gerade mit Blick auf die jüngere Vergangenheit und die Zeit der Franco-Diktatur (1939–1975) belastet war. Dies ist kein untypisches Phänomen, wenn sich Parteien nach der Überwindung einer Diktatur neu formieren müssen. Dennoch haben wir diese Aufgabe gemeistert. Im Falle Spaniens möchte ich die große Unterstützung des damaligen Generalsekretärs des Europarats, Marcelino Oreja Aguirre,⁴⁶⁹ hervorheben, der der erste Außenminister Spaniens nach dem Tode Francos⁴⁷⁰ war, hohes Ansehen genoss und vermittelnd auftrat.

Ebenfalls in meine Amtszeit fiel der Fall der Berliner Mauer im November 1989 – ein Ereignis, das innerhalb der Partei viel Aufsehen erregte, weshalb es in dieser Phase viel zu tun gab. Kohl bat mich, sowohl in meiner Funktion als EVP-Vorsitzender als auch in jener des luxemburgischen Premierministers darum, bei den europäischen Partnern um Vertrauen in die Deutschen zu werben. Es war eine faszinierende und interessante Zeit, das muss ich schon sagen.

Aus Ihren Ausführungen lässt sich schließen, dass die CSV innerhalb von EUCD und EVP nicht nur präsent, sondern auch ein stabiler Faktor im Sinne von Kontinuität war. Gleichwohl war die Heterogenität

469 | Marcelino Oreja Aguirre (geb. 1935), spanischer Politiker der PP, 1976–1980 Außenminister seines Landes, 1984–1989 Generalsekretär des Europarates, 1994–1999 EU-Kommissar für Energie, EURATOM und Verkehr.

470 | Francisco Franco (1892–1975), spanischer General und Politiker, 1939–1975 diktatorisch regierender Staatschef seines Landes.

innerhalb dieser Parteienzusammenschlüsse ein Problem, wenn wir an die Situation in Frankreich oder auch im immer etwas außen stehenden Großbritannien denken. Ist es nicht so, dass generell das christlich-demokratische bzw. christlich-soziale Spektrum sehr heterogen war, weil es sich hier um Volksparteien handelte, in denen sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber vereinigt waren, während die Sozialisten im Grunde klassische, gewerkschaftsorientierte Arbeiterparteien beheimateten?

Natürlich war dies immer ein Problem unserer Parteien im nationalen Sinne. Sie mussten und müssen integrativ wirken und dafür Kompromisse eingehen. Man sieht diesen Ausgleich, der immer einer gewissen Austarierung bedarf, auch in den Grundsatzprogrammen dieser Parteien.

Waren die Sozialisten in ihrer Tradition nicht internationaler ausgerichtet als die christlichen Demokraten, die sich zunächst auf innen- und gesellschaftspolitische Anliegen konzentrierten und erst später die Notwendigkeit erkannt haben, international zu kooperieren?

Auch das ist richtig. Die Sozialisten haben sich immer als eine internationale Partei definiert, deren Fortkommen auch explizit über Internationalität gewährleistet sein sollte. Die SI hat sich ja bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter Karl Marx formiert. Dennoch gibt es auch bei ihnen Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien, das merkt man auch heute. Zwischen einem finnischen Sozialdemokraten und einem griechischen Sozialisten liegen Welten, das ist ganz klar. Man merkte dies auch in der Fraktion im EP. Bei den Christdemokraten war die Zusammenarbeit hingegen eher lose. Es handelte sich vielmehr um eine intellektuelle Denkfabrik, in der Ideen gesammelt, große Reden gehalten und Dokumente verabschiedet wurden, es jedoch lange Zeit kein Parteiprogramm gab.

Als Sie EVP-Präsident wurden, gab es noch die EDU, die 1978 – zwei Jahre nach der EVP – gegründet worden war. Wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen EVP und EDU zu Ihrer Zeit?

Das Verhältnis war relativ gut. Ich erinnere mich, dass Kai-Uwe von Hassel, zu dem ich ein gutes Verhältnis pflegte, besonders engagiert war. Er war ein Mann des Ausgleichs. Bevor ich EVP-Präsident wurde, gab es einige Zwistigkeiten zwischen beiden Organisationen, dies hatte sich jedoch zu meiner Zeit gelegt. Persönlich hielt ich das Nebeneinan-

der von EVP und EDU nicht unbedingt für zielführend. Tatsächlich verlor die EDU in den 1990er Jahren immer mehr an Bedeutung. Sie ist 2002 dann auch in der EVP aufgegangen.

Ich frage auch deshalb, weil Thomas Jansen, der von 1983 bis 1994 Generalsekretär der EUCD und EVP war, die EDU als „Konkurrenzunternehmen“ und eine „sinnlose Doppelgleisigkeit“ bezeichnet hat. Übrigens war Alois Mock von 1979 bis 1998 Präsident der EDU.

Mit Mock habe ich zusammengearbeitet. Ich denke, man muss die Verbindung zwischen EVP und EDU als Arbeitsverhältnis beschreiben. Wir waren sicher nicht froh darüber, dass es diesen Zusammenschluss gab, aber man musste miteinander auskommen. Zu meiner Zeit gab es keine größeren Zusammenschlüsse. Die EDU war konservativer ausgerichtet als die EVP.

Aus österreichischer und schweizerischer Sicht war für die Betätigung in der EDU hauptsächlich das Motiv, dass man als Nicht-EG-Mitglied nicht Teil der EVP werden konnte. Mit anderen Worten: Man fühlte sich ausgeschlossen und versuchte die Zusammenarbeit auf einer anderen Ebene zu lancieren. Gleiches gilt für die Finnen oder die Schweden, die sich ebenfalls engagierten. Tatsächlich folgte die Gründung der EDU auf Schloss Kleßheim bei Salzburg 1978 ja relativ rasch auf jene der EVP 1976. Bewusst wurde hier zudem das konservative Element mit einbezogen, weshalb sich letztlich auch die deutsche CSU unter Franz Josef Strauß stärker in der EDU als in der EVP betätigte. Welchen Stellenwert würden Sie mit Blick auf die Geschichte der europäischen Integration grundsätzlich diesen Formen transnationaler Parteienkooperation beimessen?

Ich würde von einer Wellenbewegung sprechen. Immer dann, wenn Christdemokraten in mehreren europäischen Ländern das Amt des Regierungschefs inne hatten, kamen diese Formen von Parteienkooperationen auch mit Blick auf die europäische Integration zum Tragen. Dann war es einfacher, gewisse Beschlüsse auch in die Tat umzusetzen. Anders herum gab es Phasen – und ich denke hierbei vor allem an die 1970er Jahre mit einer sozialliberalen Koalition in Deutschland –, als sich viele christdemokratische und konservative Parteien in der Opposition befanden, wodurch die Handlungsmöglichkeiten begrenzt waren. Dennoch bleibt eines festzuhalten: Die christlich-demokratischen Parteien waren immer jene Parteien, die sich im besonderen Maße der

europäischen Integration verpflichtet gefühlt haben, also die klassischen Europaparteien. An diesem Kurs ist nichts verändert worden.

Die 1970er Jahre sind später auch als das „sozialdemokratische Jahrzehnt“ (Ralf Dahrendorf) bezeichnet worden. Damals gab es eine enge Kooperation zwischen Willy Brandt, Olof Palme und Bruno Kreisky innerhalb der SI. Hat ihr Wirken auch Effekte auf die Zusammenarbeit der christlich-demokratischen Parteien im Sinne einer Intensivierung ihrer Zusammenarbeit gehabt? Welche Rolle hat die SI grundsätzlich für die christlich-demokratischen Parteien gespielt?

Natürlich standen gerade in den von Ihnen angesprochenen 1970er Jahren die SI und ihre Führungspersonlichkeiten sehr stark im Vordergrund und konnten dies auch entsprechend ausnutzen und nach außen tragen. Willy Brandt ist hierfür ein gutes Beispiel. Selbst nach dem Ende seiner Kanzlerschaft blieb er innerhalb der internationalen Kooperation wie auch im Echo der Medien äußerst präsent. Wir verfügten zu diesem Zeitpunkt nicht über Persönlichkeiten an der Spitze und haben in der Tat versucht, unsere Zusammenarbeit in der Breite zu verbessern. Dies verlief oftmals viel geräuschloser als bei den Sozialisten.

War es also eine bewusste Strategie zu sagen, wir wollen bestimmte Dinge hinter den Kulissen regeln, eine öffentliche Debatte vermeiden und dafür um so mehr die innere Zusammenarbeit stärken? Ich denke hier z. B. an die Pressearbeit der christlich-demokratischen Parteienkooperation.

Für uns war immer klar, dass es Sinn machte, bestimmte Dinge „leise“ anzugehen. Nehmen wir das Beispiel Spanien und die Integration der spanischen Christdemokraten in unsere Formation: Nach dem Ende des Franco-Regimes und den damit verbundenen Problemen, der Übermacht der Sozialisten um Felipe González und der Existenz einer starken kommunistischen Partei, ergab es durchaus Sinn, zunächst eher im Hintergrund zu operieren. Das Ergebnis, an dem man sich meiner Meinung nach immer orientieren sollte, gibt uns im Nachhinein Recht.

Sie haben hinsichtlich des Stellenwertes transnationaler Parteienkooperation für die Geschichte der europäischen Integration von einer Wellenbewegung in Abhängigkeit von Regierungszusammensetzungen der jeweiligen Länder gesprochen – eine einleuchtende Theorie.

Gab es für Sie gewisse Höhepunkte, d. h. Phasen engen Einvernehmens, in denen die Zusammenarbeit besonders fruchtbar war?

Festgemacht an meiner eigenen Person würde ich die Zusammenarbeit mit Helmut Kohl, Giulio Andreotti, Leo Tindemans und Wilfried Martens hervorheben. Mit den Franzosen war die Zusammenarbeit angesichts der zersplitterten Parteienlandschaft schwieriger. Es gab nicht den einen starken Partner, sondern man hatte es mit unterschiedlichen Persönlichkeiten zu tun, die nicht minder bedeutsam waren, wenn man z. B. an Jean Seitlinger, der erster EVP-Generalsekretär war, oder auch an den späteren EU-Kommissar Jacques Barrot,⁴⁷¹ denkt.

Ich habe im KADOC-Archiv im belgischen Leuven ein interessantes Dokument aus dem Dezember 1991 gefunden, als sich Andreotti, Kohl und viele weitere Christdemokraten im Vorfeld der Maastricht-Konferenz getroffen haben, um die jeweiligen Positionen abzustimmen. War das eine Ausnahme oder hat man sich öfter vor wichtigen Gipfeltreffen abgestimmt?

Maastricht war keine Ausnahme. Wir haben uns seit den 1980er Jahren regelmäßig vor diesen Gipfeln getroffen, um uns auszutauschen, abzustimmen und eine gemeinsame Strategie zu entwerfen. Zum Teil ist dies auch im Vorfeld wichtiger Treffen des Ministerrats geschehen. Dies ist vor allem in der Benelux-Formation vorgekommen, da wir allesamt Ministerpräsidenten christlich-demokratischer Prägung waren. Gleiches gilt hier auch für die jeweiligen Minister. Dies findet auch heute noch statt.

Erwähnt worden ist der deutsche Einigungsprozess 1989/90, der unter den europäischen Partnern Deutschlands mitunter Sorgen und Ängste hervorgerufen hat. Wie haben Sie diesen persönlich erlebt? Mit Helmut Kohl standen Sie damals in enger Verbindung.

In der Tat hatten wir damals auch innerhalb der christdemokratischen Parteienfamilie größere Schwierigkeiten. Ruud Lubbers hat sich nicht zur Einheit Deutschlands bekannt, Giulio Andreotti ließ verlauten, er liebe Deutschland so sehr, dass er froh sei, dass es zwei davon gebe.

471 | Jacques Barrot (geb. 1937), französischer Politiker des Centre des Démocrates Sociaux, heute UMP, 2004 EU-Kommissar für Regionalpolitik, 2004–2008 EU-Kommissar für Verkehr, 2008–2010 EU-Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit sowie Vizepräsident der Kommission.

Insofern drifteten die Meinungen erheblich auseinander und ich hatte das Gefühl, etwas dagegen tun zu müssen. In Pisa fand damals in dieser Phase ein Kongress der jungen Christdemokraten statt. An einem Samstagnachmittag habe ich deshalb Helmut Kohl angerufen und ihm gesagt: „Helmut, wir müssen eingreifen. Möchtest du nicht mit nach Pisa kommen, dann sprechen wir über die Ereignisse und schauen, ob wir eine Einigung finden?“ Er sagte zu mir: „Gut, wenn Du glaubst, dass dies hilft, dann komme ich mit.“ Am Sonntag sind wir also nach Pisa geflogen. Ich habe dort am Rande dieser Parteitagung eine informelle Veranstaltung zur deutschen Frage abgehalten, die sehr lange gedauert hat. Kohl bekam die Gelegenheit darzulegen, warum die Einheit zum damaligen Zeitpunkt kommen müsste. Er hatte zuvor sein Zehn-Punkte-Programm vorgelegt, das hoch umstritten war. Wir haben den ganzen Tag sehr eindringlich mit ihm diskutiert und am Abend habe ich als EVP-Vorsitzender die Presse gerufen und Andreotti als Gastgeber sprechen lassen. Er hat schließlich die Einigkeit der europäischen Christdemokraten hinsichtlich der deutschen Einheit betont. Kohl hat mir diese Vermittlungstätigkeit immer zu Gute gehalten, was später auch Einfluss auf die Besetzung des Kommissionspräsidenten haben sollte.

1984 hat Andreotti bereits auf einem Innsbrucker Freiheitskommers schlagender Burschenschafter sinngemäß verlauten lassen: Der Pan-germanismus rührt sein Haupt! Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die Teilung Deutschlands die beste Lösung ist. Das hat schon damals Verstimmungen ausgelöst und 1989 hat Andreotti diese Vorbehalte wiederholt. Wenn man die Memoiren von Helmut Kohl liest, so wird deutlich, dass dies große Verbitterung ausgelöst hat.

Da bin ich ganz bei Ihnen. Er hat sich mir gegenüber ähnlich geäußert – übrigens auch Lubbers. Was Helmut Kohl zudem sehr erregt hat, war die Haltung Mitterrands, der offenbar in Abstimmung mit Gorbatschow im Dezember 1989 von einer europäischen Konföderation gesprochen hatte.

Ich möchte den Vertrag von Maastricht ansprechen. In der Geschichtsschreibung bislang wenig akzentuiert worden ist die Tatsache, dass die luxemburgische Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1991 im Grunde den Vertrag schon fertig gestellt hatte.

Er wurde weitestgehend fertig gestellt. Bei den Verhandlungen in Maastricht kam es noch zu Konkretisierungen und Ausweitungen, was die soziale Dimension, also die Sozialcharta, angeht.

Stimmt es, dass Kohl Ihnen in der Funktion des Ratsvorsitzenden ans Herz legte, das Tempo der Integration etwas zu drosseln, um dem frisch ins Amt des britischen Premierministers gelangten John Major Zeit zu geben?

Das ist richtig. Wir wollten den Briten, die sich unter Thatcher sowohl in der Währungs- als auch in der Sozialfrage äußerst unbeweglich gezeigt hatten, die Möglichkeit geben, ihre Positionen noch einmal zu überdenken. Mit den anderen Partnern waren die wichtigsten Fragen im Grunde geklärt. Mitterrand sagte zu mir bei einem Gespräch im Élysée-Palast: „Ich kann unterschreiben, das ist kein Problem für mich.“

Das war aber noch vor dem französischen Maastricht-Referendum, das sehr knapp ausgefallen ist?

Ja, das französische Referendum über den EU-Vertrag fand im September 1992 statt. Nur 51 Prozent der Abstimmenden votierten damals dafür. In Dänemark war schon im Juni 1992 abgestimmt worden, wobei das Ergebnis negativ ausgefallen war. Insofern galt es, auf die europaweiten Stimmungen Rücksicht zu nehmen, das war bereits unter unserer Ratspräsidentschaft klar. Dennoch stand der Vertrag im Grunde. Es waren ja zwei Regierungskonferenzen – eine über die Wirtschafts- und Währungsunion und eine über die Politische Union. Beide waren zum Abschluss gekommen und dann wollte die uns in der zweiten Jahreshälfte 1991 nachfolgende niederländische Ratspräsidentschaft noch verschiedene grundsätzliche Änderungen haben, wobei es vor dem Hintergrund der Jugoslawienkrise und dem Putschversuch in der Sowjetunion in erster Linie um die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ging. Den luxemburgischen Vorschlag, die WEU wiederzubeleben und dem Europäischen Rat zu unterstellen, lehnten die Holländer ab. Stattdessen schlugen sie vor, die GASP in die bestehenden supranationalen Strukturen der EG einzubeziehen. Hinsichtlich einer gemeinsamen Verteidigungspolitik wurde auf NATO und WEU verwiesen.

Stimmt es, dass es ohne die deutsche Einheit 1990 nicht so schnell zum Vertrag von Maastricht gekommen wäre?

Natürlich, schließlich wurden die angesprochenen Regierungskonferenzen zur Änderung der bestehenden Verträge erst unter dem Eindruck

der Entwicklungen in Deutschland angesetzt. Man kann also von einem kausalen Zusammenhang zwischen deutscher Einheit und Maastricht sprechen.

Der außenpolitische Berater von Helmut Kohl, Horst Teltschik, hat es mit Blick auf die jüngsten Ereignisse als einen Fehler bezeichnet, dass die Politische Union unvollendet geblieben ist. Deutschland habe diese parallel zur Wirtschafts- und Währungsunion gewollt, während die französische Seite nach anfänglicher Unterstützung zurückgerudert sei. Haben Sie dies auch so erlebt und auf welcher Seite stand eigentlich Luxemburg in diesem Tauziehen zwischen Deutschland und Frankreich?

Wir waren ebenfalls für eine starke Politische Union – keine Frage. Allerdings ging es während unserer Präsidentschaft auch um die Frage der Erreichbarkeit eines solchen Vorhabens und ohne die entsprechende Unterstützung Frankreichs war es schwierig, hierbei einen für alle Seiten befriedigenden Kompromiss herbeizuführen. Unterm Strich war die luxemburgische Ratspräsidentschaft 1991 – ebenso wie jene des Jahres 1985, die ich ebenfalls geleitet habe und die den Durchbruch zur Einheitlichen Europäischen Akte darstellen sollte – ein Erfolg. Wir hatten also sowohl an der Lancierung des Binnenmarktes als auch an der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion einen entscheidenden Anteil.

1994 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU einstimmig, dass der neue Kommissionspräsident Jacques Santer heißen sollte. Sie wurden damit zum 1. Januar 1995 Nachfolger von Jacques Delors. Welches Verhältnis hatten Sie zu diesem Mann?

Ich hatte immer ein gutes Verhältnis zu Jacques Delors. Kennengelernt habe ich ihn bereits Anfang der 1980er Jahre während seiner Zeit als französischer Finanzminister (1981–1984). Man muss wissen, dass der französische Franc in dieser Zeit dreimal abgewertet worden ist, was Delors stark getroffen hat. Sein Ehrgeiz, die Währungsunion umzusetzen, rührt aus dieser Zeit. Zum ersten Mal habe ich ihn gemeinsam mit seiner Frau 1983 während der griechischen Ratspräsidentschaft getroffen. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, denn er hatte kurz zuvor seinen Sohn verloren, was die beiden unheimlich getroffen hat. Unsere Frauen haben sich gut verstanden, woraus sich eine persönliche Beziehung zu Delors ergeben sollte, die bis heute anhält. Obwohl er der Parti

Socialiste (PS) angehörte, würde ich ihn als einen verkappten Christdemokraten bezeichnen, der aus seinem Bekenntnis zum christlichen Glauben nie einen Hehl gemacht hat. Wenn er während seiner Zeit als Finanzminister Gastgeber informeller Ratstreffen war, die zumeist am Wochenende stattfanden, hat er immer eine Messe organisiert – und dies im laizistischen Frankreich! Obwohl die Franzosen in dieser Zeit eine restriktive Finanzpolitik betrieben haben, hatte ich mit Delors kaum Probleme. Es herrschte von beiden Seiten ein hohes Maß an Transparenz trotz einiger Reibungspunkte. Später, als er Kommissionspräsident wurde, hat sich unser Verhältnis noch einmal intensiviert und dies vor allem durch die beiden luxemburgischen Ratspräsidentenschaften während dieser Zeit. Wir haben hinsichtlich der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion am gleichen Strang gezogen. Natürlich war Delors auch hier und da anspruchsvoll, aber dies hat unserem guten persönlichen Verhältnis keinen Abbruch getan.

Wer waren eigentlich die treibenden Kräfte für Ihre Wahl zum Kommissionspräsidenten?

Ich wurde 1994 zum dritten Mal als luxemburgischer Premierminister wiedergewählt und hatte gerade meine Regierung gebildet. Ursprünglich gab es für das 1995 neu zu besetzende Amt des Kommissionspräsidenten mit Ruud Lubbers und Jean-Luc Dehaene⁴⁷² bereits zwei prestigeträchtige Kandidaten. Helmut Kohl, dem aber beide nicht zusagten, rief mich an und sagte: „Du musst als dritter Kandidat antreten und schauen, dass du einen Kompromiss zwischen Lubbers und Dehaene herstellst.“ Kohl wollte auf keinen Fall Lubbers im Amt des Kommissionspräsidenten sehen, sondern sah diesen eher in der Nachfolge von Manfred Wörner als NATO-Generalsekretär. Ich habe mich mit den beiden bei einem Notar in der Nähe von Maastricht getroffen. Wir haben vereinbart, dass beide zunächst für das Amt kandidieren sollten und derjenige, der bei der entsprechenden Abstimmung auf dem Gipfel von Korfu im Juni 1994 die wenigsten Stimmen erhalten sich dann auch zurückziehen würde. Als es dann zu dieser kam, waren weder Lubbers noch Dehaene anwesend, sondern ließen sich durch Wim Kok⁴⁷³ und

472 | Jean-Luc Dehaene (geb. 1940), belgischer Politiker der CVP, heute CD&V, 1992–1999 Premierminister seines Landes, seit 2004 Mitglied des EP.

473 | Wim Kok (geb. 1938), niederländischer Politiker der sozialdemokratischen Partei, 1994–2002 Ministerpräsident seines Landes.

Willy Claes⁴⁷⁴ vertreten. Es kam dann so, wie es kommen sollte. Dehaene bekam acht Stimmen, Lubbers nur vier. Ich bin mir nicht sicher, ob Kok und Claes von der Vereinbarung wussten, jedenfalls hat sich zunächst niemand zurückgezogen, so dass die Sitzung unterbrochen wurde. Am nächsten Tag fragte Ratspräsident Andreas Papandreou,⁴⁷⁵ ob die anderen Staats- und Regierungschefs bereit wären, sich auf den Kandidaten mit den meisten Stimmen, also Dehaene, einigen könnten. John Major erklärte, dass er diesem Anliegen nicht zustimmen könne. Papandreou wandte sich daraufhin an Delors und fragte ihn, ob er sich vorstellen könne, ein weiteres Jahr als Kommissionspräsident zu fungieren, bis man sich auf einen geeigneten Kandidaten geeinigt hätte. „Herr Ratspräsident“, antwortete ihm Delors, „ich war Kommissionspräsident einer Gemeinschaft von 12 Mitgliedstaaten. Niemals möchte ich dieses Amt in einer Gemeinschaft von 15 Staaten ausüben.“ Dann erhob sich Kohl, der Papandreou als Ratspräsident folgen sollte: „Gut, die deutsche Ratspräsidentschaft wird die Sache in die Hand nehmen.“ Er holte sein Notizbuch hervor und sagte: „Ich sage Ihnen jetzt schon, dass wir am 15. Juli in Brüssel zusammenkommen und dann muss der Präsident gewählt werden. In der Zwischenzeit werden wir uns bemühen, einen Kandidaten zu finden.“ Wir fuhren dann wieder nach Hause und ich setzte mich wieder mit meiner Regierung zusammen. Die Vereidigung als Premierminister stand unmittelbar bevor. Am 9. Juli – ich befand mich gerade auf einer Hochzeit – fand im italienischen Neapel der G7-Gipfel statt. Mein Sohn kam plötzlich mit dem Fahrrad zu der Hochzeit gefahren und sagte mir: „Ein gewisser Kohl hat bei uns angerufen und wollte mit Dir sprechen. Er wird es noch einmal probieren, deshalb sollst du um sieben Uhr zu Hause sein.“ So bin ich nach Hause gefahren und habe auf den Anruf gewartet. Kohl rief tatsächlich an und sagte mir: „Wir sind gerade in Neapel und ich habe mit dem Mitterrand, Major und Berlusconi gesprochen. Wir sind zu der Übereinstimmung gekommen, dass Du von allen möglichen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten der einzige bist, der die Zustimmung aller bekommen würde.“ Ich entgegnete ihm: „Das ist gar nicht so einfach für mich. Ich stehe kurz vor der Vereidigung am 13. Juli und müsste

474 | Willy Claes (geb. 1938), belgischer Politiker der flämischen sozialistischen Partei, 1992–1994 Außenminister seines Landes, 1994/95 NATO-Generalsekretär.

475 | Andreas Papandreou (1919–1996), griechischer Politiker der sozialistischen Partei, 1981–1989 und 1993–1996 Premierminister seines Landes.

erst mit dem Großherzog, meiner Partei und meiner Frau sprechen.“ „Überlege nicht so lange“, sagte Kohl, „Du bekommst dieses Amt auf einem silbernen Löffel serviert. Außerdem darf ein kleines Land ein solches Amt nicht einfach ausschlagen. Ich rufe dich morgen um zehn Uhr an, wir müssen zügig handeln.“ So sprach ich noch am selben Abend mit den betreffenden Leuten. Der Großherzog reagierte zurückhaltend und dachte zunächst, dass ich beide Ämter in Personalunion übernehmen könne, was natürlich ausgeschlossen war. Ich empfahl ihm meinen Finanzminister, Jean-Claude Juncker, als Nachfolger. Meine Frau war zunächst überhaupt nicht begeistert, hat mich dann aber doch unterstützt. Ich konnte Kohl also zusagen. Am 13. Juli wurde ich noch als Premierminister vereidigt. Am 14. Juli hatte Mitterrand anlässlich des französischen Nationalfeiertags alle Staats- und Regierungschefs der EU nach Paris eingeladen. Der Staatspräsident hielt gegen Mittag eine Pressekonferenz, auf der er gefragt wurde, ob er wisse, wer am nächsten Tag zum neuen Kommissionspräsident bestimmt werden würde. Daraufhin sagte Mitterrand: „Ich weiß noch nicht, wer bestimmt wird – ich weiß nur, dass er ein Frankophoner ist.“ Dann gingen natürlich die Spekulationen los, die Presse war sogar bei mir zu Hause. Am 15. Juli bin ich dann nach Brüssel gefahren und die ganze Sache dauerte nur ein paar Minuten. Ich war nicht einmal im Saal. Als ich hinein kam, gratulierte man mir schon. So bin ich Kommissionspräsident geworden, ohne überhaupt dafür einen Antrag gestellt zu haben.

Wie haben Dehaene und Lubbers reagiert?

Beide haben gut reagiert. Mit Dehaene war ich ohnehin freundschaftlich verbunden. Er hatte auch einen Brief an Kohl geschrieben, worin stand: „Ich bin nur bereit, meine Kandidatur zurückzuziehen, wenn Santer Kommissionspräsident wird.“ Lubbers war nicht besonders froh, aber er hat es akzeptiert. An der Personalie Lubbers konnte man erkennen, dass Kohl dessen Haltung zur deutschen Einigung nicht vergessen hatte.

Sie haben erwähnt, dass John Major sein Veto gegen einen Kommissionspräsidenten Dehaene eingelegt hat. Wie ist dies zu erklären?

Dehaene war den Briten zu supranational ausgerichtet. Insofern war dies für Major wohl auch eine Entscheidung unter Berücksichtigung der innenpolitischen Situation in Großbritannien. Ich hatte Sorge, dass Major mit meiner Person ebenfalls ein Problem haben würde und das habe ich Kohl auch gesagt, denn immerhin war ich in der Frage der Supra-

nationalität gleicher Meinung mit Dehaene. „Nein,“ sagte Kohl, „Major kann gar nicht zweimal dagegen stimmen. Sein Veto gegen Dehaene war rein innenpolitisch motiviert, um zu zeigen, dass die Briten in Europa noch immer etwas zu sagen haben.“

Am 1. Januar 1994 traten Sie dann Ihr Amt in Brüssel an. In welchem Zustand hat sich die EU befunden? Immerhin waren mit Österreich, Schweden und Finnland gerade drei neue Mitglieder der Gemeinschaft beigetreten.

Das ist richtig. Die Erweiterung brachte einige Veränderungen mit sich. Ich habe hinsichtlich der Zusammensetzung der Kommission versucht, auch den kleinen Mitgliedstaaten eine Bedeutung zuzumessen und die Portfolios so zu arrangieren, dass niemand allein über ein Gebiet entscheiden konnte. Die neuen Mitglieder wurden natürlich auch berücksichtigt. So wurde z. B. der Österreicher Franz Fischler⁴⁷⁶ Kommissar für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes, was er sehr gut gemacht hat. Die Aufteilung der Ämter war nicht ganz einfach, weil die meisten das Ressort Außenpolitik anstrebten. Aber letztlich ist es uns doch gelungen. Wir waren übrigens die erste Kommission, in der mit Thorvald Stoltenberg⁴⁷⁷ ursprünglich auch ein Norweger vertreten sein sollte. Ich hatte ihn für die Fischerei vorgesehen. Das norwegische Referendum über den EU-Beitritt war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Nach dessen negativem Ausgang musste er leider ausscheiden.

Mit welcher Zielsetzung traten Sie Ihr neues Amt an?

Zunächst ging es darum, ein Programm zu entwerfen. Die primären drei Ziele waren erstens die Vollendung des Binnenmarktes, der zwar seit 1992 stand, aber noch nicht als integrierter Binnenmarkt funktionierte. Unter anderem ging es dabei um die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes und die Transportpolitik. Zweitens handelte es sich darum, eine Strategie für den Umgang mit den jungen Demo-

476 | Franz Fischler (geb. 1946), österreichischer Politiker der ÖVP, 1989–1994 Wirtschafts- und Forstminister seines Landes, 1995–2004 EU-Kommissar für Landwirtschaft und Entwicklung.

477 | Thorvald Stoltenberg (geb. 1931), norwegischer Politiker der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1987–1989 und 1990–1993 Außenminister seines Landes, Vater des aktuellen norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg.

kratien in MOE zu entwickeln. Ihr Beitritt zur EU stand zu diesem Zeitpunkt bereits zur Diskussion, zumal einzelne Beitrittsanträge bereits vorlagen. Drittens musste die Wirtschafts- und Währungsunion weitergeführt und vorangetrieben werden und zwar auf Grundlage von Vorgaben der diesbezüglich von Delors eingesetzten Arbeitsgruppen.

1997 wurde der Vertrag von Amsterdam unterzeichnet, der 1999 in Kraft getreten ist. Darin hieß es, dass die WEU integraler Bestandteil der Entwicklung der Union sei. Welche Erinnerungen haben Sie noch an die Verhandlungen zu diesem Vertragswerk, das immer sehr kritisch gesehen worden ist?

Der Vertrag war ganz sicher ein Fortschritt in der Geschichte der europäischen Integration. Der Grad der Vergemeinschaftung hat deutlich zugenommen, wenn wir etwa an die Ausweitung der Befugnisse des EP oder die Aufnahme des Schengener Abkommens in den Vertrag denken. Allerdings ist das Vertragswerk, das im Übrigen meines Erachtens von der niederländischen Ratspräsidentschaft schlecht vorbereitet worden ist, in verschiedenen Punkten hinter den Erwartungen zurückgeblieben und damit meine ich vor allem die institutionelle Reform. In vielen Bereichen ist die Einstimmigkeit beibehalten worden, was angesichts der bevorstehenden Erweiterung hemmend auf die weitere Entwicklung wirken sollte.

Wie weit hat auch die deutsche Politik eine Rolle gespielt? 1998 verlor Helmut Kohl die Bundestagswahl und unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer nahm erstmalig eine Koalition aus SPD und den Grünen ihre Arbeit auf. War dieser politische Richtungswechsel auch bei der Kommission spürbar?

Man muss sagen, dass schon die letzte Periode von Helmut Kohl nicht unbedingt positiv auf uns wirkte. Lange Zeit stand nicht fest, ob er noch einmal antreten würde. Auch spürte man, dass die Stimmung in Deutschland nicht mehr besonders gut war und hiervon war auch die europäische Integrationspolitik betroffen. Sowohl die bevorstehende Einführung des Euro – in Frankreich gab es unter Premierminister Lionel Jospin⁴⁷⁸ Tendenzen, den Stabilitätspakt zu verwässern – als auch der Vertrag von Amsterdam wurden äußerst kontrovers diskutiert. Wir

478 | Lionel Jospin (geb. 1937), französischer Politiker der PS, 1997–2002 Premierminister seines Landes.

registrierten dies natürlich in Brüssel mit gewissen Sorgen. Ich habe Schröder noch als Kanzlerkandidaten in Straßburg empfangen, da er nicht nach Brüssel kommen wollte. Es war der 14. Juli 1998, der französische Nationalfeiertag, so dass wir zunächst Probleme hatten, ein Restaurant zu finden. Ich habe lange mit ihm gesprochen und es war ein angenehmes Gespräch. Im Nachhinein habe ich allerdings zu meinem Kabinettschef, der ebenfalls an diesem Gespräch teilgenommen hatte, gesagt: „Schröder ist kein überzeugter Europäer, sondern eher ein europäischer Eunuch – nicht Fisch und nicht Fleisch.“ Anders war dagegen Außenminister Joschka Fischer, der ein überzeugter Europäer war. Als er zum ersten Mal nach Brüssel zu einem Gespräch mit mir kam, wusste ich natürlich um seine Vorgeschichte. Es zeigte sich jedoch, dass Fischer ein überzeugter und engagierter Europäer war.

Ich teile Ihre Einschätzung, dass Schröder kein aktiver Europa- und Integrationspolitiker war. Es gibt auch keine historische Rede von ihm als Bundeskanzler, in der er Europa in den Mittelpunkt seiner Politik gestellt hätte. Ich möchte noch einmal auf Ihr Verhältnis zu Helmut Kohl zu sprechen kommen. Wie war dieses grundsätzlich? Kann man soweit gehen, dass Kohl in Ihnen einen Vertrauensmann hatte, den er zwecks Lancierung europapolitischer Initiativen oder Ideen einsetzen konnte, bei denen ein deutscher Vorstoß möglicherweise Misstrauen unter den Partnern hervorgerufen hätte?

Ich halte das für übertrieben. Wir hatten ohne Zweifel ein gutes Verhältnis und ich hatte große Sympathien für ihn. Aber als Kommissionspräsident musste ich natürlich neutral agieren, Distanz wahren und konnte, wenn ich das Vertrauen der übrigen Staats- und Regierungschefs behalten wollte, gar keine Politik betreiben, bei der jedermann wusste, das in Wirklichkeit Helmut Kohl dahintersteckte. Er hat dies auch nicht verlangt.

Noch nicht gesprochen haben wir über die Außenminister der Regierungszeit Kohls, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel. Welchen Eindruck hatten Sie von beiden?

Genscher war ein guter Außenminister mit klaren europapolitischen Ideen. Er hat mit Kohl ein gutes Tandem abgegeben, denn die Zusammenarbeit mit beiden funktionierte reibungslos. Kinkel war ein anderer Typ, sehr nett, aber vielleicht in der Außenwirkung nicht ganz so schillernd bzw. präsent wie Genscher oder später dann Fischer.

Wenn wir eine Bilanz über Ihre Zeit als Kommissionspräsident ziehen: Der Binnenmarkt wurde weiter vorangetrieben, der Euro als Buchgeld eingeführt und der Vertrag von Amsterdam unterzeichnet. Man kann feststellen, dass in der relativ kurzen Zeit von vier Jahren erstaunlich viel erreicht wurde. Stimmt das so?

Ja, insgesamt gesehen bin ich mit der Politik meiner Kommission zufrieden. Vor allem auch, weil wir die Beitrittsverhandlungen mit den Staaten aus MOE eingeleitet haben, was dann später erfolgreich zu Ende geführt worden ist, obwohl die Strategie der Beitrittsverhandlungen später leider verwässert worden ist. Wir waren deutlich vorsichtiger als unsere Nachfolger und aus heutiger Sicht muss man konstatieren, dass ein Stück mehr Vorsicht der Gemeinschaft bei Verhandlungen mit Staaten wie Rumänien ganz gut getan hätte.

Sie haben in Ihrem Vortrag in Hildesheim⁴⁷⁹ angedeutet, dass Sie es nicht verstanden hätten, wie es möglich war, dass in der zweiten Jahreshälfte 1999 auf dem Ratsgipfel von Helsinki aus sechs Beitrittsländern zwölf wurden und die Türkei darüber hinaus den Kandidatenstatus erhalten sollte. Dazu haben Sie eine Andeutung gemacht, die mit den Personalwechseln an der Spitze der Bundesrepublik sowie der Europäischen Kommission zu tun hatte. Statt mit Kohl und Santer waren diese beiden Positionen nun mit Schröder und Prodi besetzt. Kommen nicht, wenn wir etwa an das britische Interesse an einer Erweiterung der Union denken, noch andere Faktoren hinzu? Welche Rolle spielten die USA?

Sie haben sicherlich Recht. Die Briten waren sicherlich treibende Kräfte, was die Erweiterungsfrage anging. Die Amerikaner waren immer große Befürworter eines türkischen EU-Beitritts. Das habe ich auch zu meiner Zeit deutlich zu spüren bekommen. Washington versteht bis heute nicht, weshalb ein Land in der NATO sein kann, jedoch nicht in der EU. Man kann das amerikanischen Regierungen so oft erklären, wie man will – sie verstehen es einfach nicht. Ich habe es einmal Bill Clinton erklärt und er hat es verstanden, weil seine Beamten nicht dabei waren. Er hat mir persönlich gesagt, dass die amerikanische Verwaltung dennoch einen anderen Kurs fährt und dies ist auch so.

479 | Jacques Santer hielt am 26. Mai 2007 im Rahmen der Vortragsreihe „Europagespräche“ des Instituts für Geschichte der Universität Hildesheim einen Vortrag zum Thema „50 Jahre Römische Verträge und die Zukunft der Europäischen Union“.

Gemessen an den heute sichtbaren Folgen war die behutsame und moderate Beitrittsstrategie Ihrer Kommission wahrscheinlich der bessere Weg, das muss man feststellen.

Van den Broek, der ja dafür zuständig war, hat mit großem Bedacht agiert und eine enge Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten gesucht, was im Ergebnis zu einer kritischen Überprüfung der Beitrittskandidaten führte. Diese waren darüber nicht immer glücklich und es kam zu der einen oder anderen Auseinandersetzung, die man jedoch als Kommission aushalten muss. Mit Blick auf die Türkei hatten und haben wir viele Probleme, denken Sie nur einmal an die Zypernfrage. Zu der Erweiterung der EU um die Staaten aus MOE kann ich nur sagen, dass wir neben den politischen auch die wirtschaftlichen Aspekte stärker hätten beachten müssen. Unsere zuständigen Dienststellen haben das zumindest so vorgetragen und wir haben uns danach gerichtet. Später ist diese abwartende und prüfende Haltung revidiert worden. Prodi hat dies meiner Meinung nach nicht in ausreichendem Maße getan.

Eine zweite Amtszeit hat Ihrer Kommission nicht mehr zur Verfügung gestanden, womit wir auf das Jahr 1999 zu sprechen kommen. Die Demission der Kommission Santer war ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der europäischen Institutionen. Was führte bzw. veranlasste Sie eigentlich zu diesem Schritt, wenn wir die Personalie Cresson zunächst einmal außen vor lassen? Hat man die Korruption vor Ihrer Kommissionszeit geerbt?

Viele Sachen kamen zusammen. Der ausschlaggebende Punkt war natürlich der Fall Cresson am Ende unserer Amtszeit. Ich hatte ihr dringend von dem Prozess gegen die Zeitung *Libération* abgeraten und vor einem Zerwürfnis mit der Presse gewarnt, aber sie hat meinen Rat nicht befolgt. Frau Cresson hat, wenn Sie das Stichwort „Korruption“ bzw. „Begünstigung“ verwenden, sicherlich einen Fehler gemacht. In Frankreich geht man damit anders um, als in anderen Ländern Europas. Das hat sie unterschätzt. Letztlich ist daraus ein großer Druck auf die gesamte Kommission entstanden und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass unsere Kommission nur zu retten ist, wenn wir kollektiv abtreten. Ich hatte in meiner Funktion als Präsident auch nicht die Befugnis, jemanden zu entlassen. Das war mit Blick auf dieses Amt ein Konstruktionsfehler, der zum Glück behoben worden ist. Was viele nicht beachten, ist die Tatsache, dass wir uns keinem Misstrauensvotum des EP unterziehen mussten. Wir haben individuell, aber alle zusammen

demissioniert. Durch dieses Vorgehen konnte uns der Rat das Vertrauen aussprechen, was auch am nächsten Tag durch den Ratspräsidenten Gerhard Schröder geschehen ist. Wir waren damit keine geschäftsführende Kommission und konnten bis zum Schluss noch verschiedene Initiativen einbringen. Durch ein Misstrauensvotum des EP wären wir nur noch eine geschäftsführende Kommission ohne Initiativrecht gewesen. Ein kleiner, aber feiner und wichtiger Unterschied. Schröder hat damals zu mir gesagt: „Von uns aus ist das kein Problem. Sie bekommen das Vertrauen des Rats ausgesprochen und können bis zum Schluss vernünftig arbeiten.“ Ich möchte noch hinzufügen, dass ich annahm, dass man durch das gewählte Vorgehen auch die Kommission als Institution würde schützen können. Wenn Sie sich vor Augen führen, dass der heutige Kommissionspräsident als Konsequenz aus den Ereignissen 1999 über weitaus größere Befugnisse hinsichtlich seines Agierens innerhalb der Kommission verfügt, so glaube ich schon, dass die Institution als solche gestärkt aus den Vorgängen hervorgegangen ist.

Was mich bei dem Vorgang am meisten geärgert hat, war der Bericht des eigens eingerichteten Weisenrates. Mir war eigentlich vorab alles gezeigt worden, nur die Schlussfolgerungen nicht. Diese wurden von einem französischen Mitglied des Weisenrates, der als Euroskeptiker bekannt war und sich auch nie mit der Kommission vertragen hat, verfasst. In diesem Abschnitt wurde auf die kollektive Verantwortung der Kommission hingewiesen. Mit allen anderen Teilen dieses Berichts hätten wir umgehen und fertig werden können, mit dem letzten Abschnitt jedoch nicht.

Das war ein aus juristischer und institutionengeschichtlicher Perspektive äußerst interessanter Vorgang. Ich frage trotzdem noch einmal nach: Hätten nicht einzelne Kommissionsmitglieder selbst die Konsequenzen ziehen und zurücktreten können? Hätte man nicht entsprechenden Druck auf Frau Cresson ausüben können, so dass Sie sich als Präsident einer Wiederwahl hätten stellen können?

Nein, in diesem Sinne sind keine Szenarien überlegt worden. Was meine Person angeht, so war mir klar, dass hier ein Schussstrich gezogen werden musste. Frau Cresson ist dadurch natürlich aus der Schusslinie geraten, jedoch musste sie sich später vor dem EuGH verantworten, der jedoch nur moralische Sanktionen ausgesprochen hat. Ich habe für mich entschieden, ins Parlament zu gehen und habe hiefür in meinem

Heimatland sein sehr gutes Ergebnis erzielt, was ich als Bestätigung meiner Arbeit empfunden habe.

Wie haben eigentlich die Staats- und Regierungschefs auf die Demission Ihrer Kommission reagiert? Die Position Schröders haben Sie bereits angesprochen.

Sie haben das gut aufgenommen und meine Arbeit zu würdigen gewusst.

Ich möchte Ihnen ein Zitat vom ehemaligen Parlamentspräsidenten Klaus Hänsch (SPD) vorlesen, der auf die Frage nach der Rolle des EP bei der Demission Ihrer Kommission geantwortet hat:

„Das Parlament hat aus meiner Sicht, ich war damals wieder stellvertretender Fraktionsvorsitzender, richtig gehandelt. Als sich herausstellte, dass die Vorfälle, die im Zuge der Haushaltsentlastungsdebatte ans Licht kamen, nicht bloß technischer Art waren [...], sondern einen tieferen organisatorisch politischen Hintergrund hatten, wollte ich die Gelegenheit nutzen, um zu zeigen, dass das Parlament die Kommission stürzen kann. Ich hatte damals einen schweren Konflikt mit meiner Fraktionsvorsitzenden, der britischen Kollegin Pauline Green.⁴⁸⁰ Sie wollte den Konflikt dämpfen, ich wollte ihn dramatisieren. Gegen den Willen aus London und gegen den Willen des Bundeskanzlers wollte ich ein Misstrauensvotum, um die Kommission zu entlassen. Das ist mir ja leider nicht geglückt. Die Gründe dafür, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zustande kam, waren parteipolitische Solidaritäten, nationale Solidaritäten und vor allen Dingen Druck aus London und Paris. Das Kollegialitätsprinzip der Kommission werde dabei zerstört. Auch Berlin wollte aus anderen Gründen kein Misstrauensvotum. Kommissionspräsident Santer hätte das Parlament ins Leere laufen lassen können, wenn er die Kommissarin Édith Cresson entlassen hätte. Das tat er nicht, also musste der gesamten Kommission das Misstrauen ausgesprochen werden. Als ein vom Parlament eingesetztes Komitee unabhängiger Experten feststellte, dass alles viel schlimmer war als angenommen, erkannte Santer, dass die Kommission einen erneuten Misstrauensantrag im Parlament nicht überstehen würde. Sie trat zurück. Wir hatten er-

480 | Pauline Green (geb. 1948), britische Politikerin der Labour Party, 1989–1999 Mitglied des EP, 1994–1999 Fraktionsvorsitzende der SPE im EP.

reicht, was wir wollten, allerdings nicht so wie wir es wollten. Das Parlament hätte zeigen sollen, dass es die Kommission per Misstrauensvotum entlassen kann. Bei der Einsetzung von Santers Nachfolger Romano Prodi setzte er durch, dass er sich schriftlich von den einzelnen Kommissaren zusichern ließ, dass sie zurücktreten würden, wenn er sie dazu aufforderte. Das Parlament hat mit dieser Zusicherung ein Stück Einfluss dazu gewonnen."⁴⁸¹

Was sagen Sie zu dieser Einschätzung von Klaus Hänsch?

Hänsch macht einen Fehler, wenn er behauptet, der Kommissionspräsident hätte die Kommissarin Cresson entlassen können. Das konnte er, wie bereits gesagt, nicht! Wenn ich die Möglichkeit gehabt hätte, dann hätte ich es wahrscheinlich getan. Auch in meiner Zeit als Premierminister in Luxemburg habe ich Minister entlassen. Hänsch hat Recht, dass das Parlament mit Nachdruck an einem Misstrauensvotum arbeitete. Allerdings war dies kein Novum; auch meine Vorgänger Ortoli⁴⁸² und Delors mussten sich solchen Anträgen stellen, die jedoch nie bis zum Ende durchgeführt wurden. In unserem Fall sind wir dem EP zuvorgekommen, ganz klar! Ich bin mir aber nicht sicher, ob es, wenn wir den Schritt der Demission nicht gegangen wären, zu einer Zweidrittelmehrheit im Parlament gekommen wäre. Möglicherweise wäre der aus den Hauptstädten ausgeübte Druck zu groß gewesen. Insbesondere Chirac war dagegen. Er hat mir vor dem informellen Europagipfel auf dem Petersberg bei Bonn Ende Februar 1999 folgendes gesagt: „Wenn die Édith demissionieren wollte, würde ich dies verbieten.“ Er verteidigte Frau Cresson, weil diese eine Brücke zu Mitterrand hergestellt hatte und sie ein sehr gutes Verhältnis einte. So steht es in den erst kürzlich veröffentlichten Memoiren von Jacques Chirac.

Die Meinungen, was die Folgen der angesprochenen Vorgänge für das Gewicht der Kommission im institutionellen Gefüge waren, gehen miteinander stark auseinander. Die EP-Abgeordnete Godelieve Quisthoudt-

481 | Klaus Hänsch: „Die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union ist wichtiger als die Beitrittsfähigkeit eines neuen Staates“, in: Michael Gehler/Hinnerk Meyer (Hg.): *Deutschland, der Westen und der europäische Parlamentarismus. Hildesheimer Europagespräche I (Historische Europastudien 5)*. Hildesheim – Zürich – New York 2012, S. 425–464, hier S. 445f.

482 | François-Xavier Ortoli (1925–2007), französischer gaullistischer Politiker, 1973–1977 EU-Kommissionspräsident, 1977–1984 EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung.

Rowohl⁴⁸³ (CDU) spricht im Nachhinein von einem Fehler, während ihre langjährige Parlamentskollegin Erika Mann⁴⁸⁴ (SPD) eher der Einschätzung von Klaus Hänsch zustimmt. Um mit Franz Fischler zu sprechen: Das Gewicht der Kommission sei in den folgenden Jahren ein schwächeres gewesen, eine Machtverschiebung habe zugunsten des Parlaments stattgefunden. Wie ist Ihre Einschätzung?

Nach meiner Einschätzung hat die Kommission durchaus ein Stück weit verloren. Mit anderen Worten spielt sie nicht mehr die Rolle, die sie eigentlich spielen sollte. Ich spreche hier vom Monopol der legislativen Initiative. Dies hat jedoch primär mit der Auffassung der Präsidenten hinsichtlich ihrer Kommissionsführung zu tun. Ich hatte immer eine starke Führungsposition, die schon Prodi nicht mehr hatte. Man schaut mittlerweile zunächst, was die großen Staaten wollen und orientiert sich an entsprechenden Vereinbarungen, etwa zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Erst dann kommen eigene Vorschläge. Insofern ist die Kommission zu einem besseren ausführenden Sekretariat der europäischen Großstaaten geworden. Eine Schutzfunktion gegenüber den „Kleinen“, wie es sie früher einmal gab, gibt es mittlerweile nicht mehr. Diese Machtverschiebung ist übrigens nicht zuletzt auch eine Folge der EU-Erweiterung, die die Stellung der großen Staaten innerhalb des Gesamtgefüges vergrößert hat. Sie werden es nicht erleben, dass José Manuel Barroso eine Initiative lanciert, die nicht den Vorstellungen der „Großen“ entspricht. Wir haben uns hingegen immer bemüht, das Initiativrecht auch auf unserer Seite zu belassen – mit allen, manchmal auch unangenehmen Konsequenzen, die damit verbunden waren.

War es in Ihrem Fall ein Vorteil, dass Sie aus einem kleinen Land kommen? Das Großherzogtum Luxemburg ist kein Großstaat, gerade in Relation zu Deutschland und Frankreich. Die Kleinstaaten, das wissen wir auch aus den Ratspräsidentschaften, haben vielfach erfolgreich geleitet. War es ein Bonus in Ihrem Fall?

Es war für mich ein Bonus in dem Sinne, dass man wusste, dass wir kein *hidden agenda*, kein größeres Interesse, das wir für unser Land

483 | Godelieve Quisthoudt-Rowohl (geb. 1947), belgisch-deutsche Politikerin der CDU, seit 1989 Mitglied des EP.

484 | Erika Mann, (geb. 1950), deutsche Politikerin der SPD, 1994–2009 Mitglied des EP.

verfolgen, hatten. Das war schon in einem gewissen Sinne ein Bonus. Der Nachteil, das muss ich auch sagen, ist, dass wir natürlich keine starke Presse haben. Delors konnte sich auf eine starke französische Presselandschaft verlassen, was sehr wichtig ist. Das hatten wir natürlich nicht. Wir haben unsere nationale Presse, die uns sehr unterstützt hat, auch unsere Abgeordneten usw., das war nicht das Problem. Aber wir haben natürlich keine eigene Kraft. Einer der Schwachpunkte war, dass wir z. B. keinen CDU-Vertreter in meiner Kommission hatten. Die CDU-Mitglieder spielen aber eine große Rolle im Europaparlament. Ich hatte gute Beziehungen zu diesem und jenem, den ich schon vorher gekannt hatte, aber das war ein wenig losgelöst und hat zu Problemen im Nachhinein geführt. Als kleines Land hat man keine großen Fraktionen, auf die man sich stützen kann z. B. im Parlament usw.

Welche Politikfelder trugen am stärksten Ihre Handschrift? Was war spezifisch „Santerisch“ in dieser Kommission?

Das eine haben wir fortgesetzt, den Binnenmarkt usw. Aber da haben wir die Akzente auf der technologischen Seite gesetzt. Bei der Wirtschafts- und Währungsunion aber war für mich ein must. Emotional war ich dazu hingezogen. Mein Mentor war Pierre Werner, dessen Staatssekretär ich in den 1970er Jahren war. Meine Devise war: Wir müssen dieses Werk vollenden. Das haben wir getan. Ich habe mich, übrigens auch mit Juncker als Minister, sehr stark darum bemüht, damit wir zum Erfolg kamen, was ja auch geschehen ist. Bezeichnenderweise möchte ich sagen, dass ich am 31. Dezember 1998 hier in Luxemburg zusammen mit Werner das verkündet habe. Das Amtsblatt wurde ja hier gedruckt und ich hatte darauf bestanden, dass am 31. Dezember in der Silvesternacht das Blatt veröffentlicht wurde und ich habe es Werner überreicht. Das ist die emotionale Geschichte.

Das war 1998 mit Blick auf das Buchgeld.

Ja. Am 1. Januar 1999 trat es in Kraft. Lafontaine als Finanzminister war nicht anwesend. Das ist nur eine Anekdote. Das war ein Ziel, das ich mir ganz sicher gesetzt hatte. Dann kam die Erweiterung. In diesem Projekt haben wir uns sehr viel Mühe gegeben. Die Vorbereitungszeit hat immerhin mehr als acht Monate gedauert. Auch van den Broek hat sehr gut mitgearbeitet. Was vielleicht nicht so stark zum Ausdruck gekommen ist, ist, dass ich gesagt habe, dass wenn Europa auch international eine Rolle spielen soll in der Außenpolitik usw. müssen wir

verschiedene Verbindungen herstellen in den asiatischen Raum. Das haben wir mit der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) geschaffen. Zunächst hatten wir auch ein Abkommen mit dem Mercado Común del Sur (MERCOSUR) getroffen. Noch heute bin ich der Auffassung, dass die Konzeption der UNO überholt ist, um Entscheidungsrollen zu spielen. Es ist besser regional zu agieren. Das sieht man z. B. an den Entscheidungen, die getroffen werden, Kyoto-Prozess usw. mit über 80 Mitgliedern, die intergouvernemental zusammen kommen. Das kann nur regional bewerkstelligt werden. Deshalb auch unser Ansinnen, diese regionale Zusammenarbeit anzubahnen. Wir haben auch damals den Prozess von Barcelona gefördert, 1995 muss das gewesen sein, um die Nahost-Friedensvermittlungen zu unterstützen. Das war der Prozess. Er hat sich leider durch die anhaltende Nahost-Krise verzettelt. Auch der Neubeginn mit Sarkozys Mittelmeerunion ist nicht gelungen wegen des Nahost-Konflikts. Meiner Meinung nach muss man zuerst die Nahost-Krise lösen, damit man die arabischen Länder zusammenhält und erst danach die anderen Ansätze weiterverfolgen. Alles andere kann nur schief gehen. Das sieht man heute sehr deutlich. Weder in Afghanistan noch im Irak noch sonst wo konnten wir landen. Auch die Iran-Krise kann gelöst werden, wenn wir die Lösung des Nahostkonflikts als Voraussetzung haben. Das ist noch heute mein Ansinnen. Wir hatten dann, auch auf höchster Ebene versucht, China auf gleichberechtigter Basis zu behandeln wie Amerika. Der Gipfel fand in London statt. Bis heute erwähnen die Chinesen, dass wir sie auf gleicher Augenhöhe wie die Amerikaner behandelt haben von Europa aus gesehen. Das war auch ein Durchbruch in der außenpolitischen Szene. Das wird nicht so sehr beachtet. Heute ist es gang und gäbe. Wir sind auch zu einem gewissen Teil jetzt in der Krise nicht direkt angewiesen auf China, aber es könnte ein Partner werden in der weiteren zukünftigen Entwicklung.

Wir haben schon über das EP gesprochen, das sich mehr und mehr artikuliert und zum ersten Mal auch den Kommissionspräsidenten gewählt hat. Es war ein Parlament, das die Kommission immer kritischer in den Fokus nimmt. Wie aber war Ihre Wahrnehmung des Rates? Wie hat sich das Verhältnis zwischen Kommission und Rat aus Ihrer Erinnerung gestaltet?

Der Rat wird ja durch die Rotationspräsidentschaft geprägt. So hängt sehr viel vom Rat ab. Ich muss sagen mit den meisten Präsidentschaften haben wir sehr gut gearbeitet. Besonders gut haben wir mit Alain

Juppé⁴⁸⁵ gearbeitet, auch zusammen mit den einzelnen Ministerräten. Wir haben immer versucht, zusammen mit der Präsidentschaft das Programm zu erstellen für die 6 Monate damals. Nun ist es ja erweitert worden auf 3. Was wir auch immer erreicht haben, das scheint jetzt nicht mehr so zu sein, war, dass wir die für die Gipfel vorbereitet haben. Mein Kabinettchef Jim Cloos⁴⁸⁶ hat das übernommen und die Texte entworfen, die abgestimmt wurden. Es hat immer eine gute Zusammenarbeit gegeben. Die Räte haben sich in gewissem Sinne auf uns verlassen. Für die meisten Räte wie auch Präsidentschaften ist die Präsidentschaft ja eine Belastung. Sie waren eher auf das Nationale ausgerichtet und froh, wenn ihnen von außen jemand half. Wir hatten keine größeren Schwierigkeiten mit ihnen – im Gegenteil: Als wir diese Krise 1999 hatten und wir abdankten, wurden wir vom Rat wieder bestätigt tags darauf am 15./16. März. Es war damals die deutsche Präsidentschaft.

Das heißt, man kann nicht unbedingt von einem Dualismus sprechen zwischen Kommission und Rat zu jeder Zeit.

Nein, ich glaube nicht. Selbstverständlich kam es nicht immer zu Einstimmigkeiten im Rat auf unserer Grundlage. Wir haben jedenfalls versucht, ein einvernehmliches Verhältnis zu schaffen mit Rat und Parlament.

Kann man sagen, dass das Verhältnis zwischen Kommission und dem Rat an sich konfliktfreier war als das Verhältnis zwischen Kommission und Parlament?

Das ist eine schwierige Frage. Ich könnte das schon sagen. So wie ich es im Nachhinein vollziehe, hatten wir mit dem Parlament schwierige Auseinandersetzungen. Auch die verschiedenen Kommissare im Parlament haben nicht zur Harmonie beigetragen hat. Einige waren in der Schusslinie des Parlaments. Das hat uns verschiedene Schwierigkeiten eingebracht.

Helmut Kohl wird 1998 abgewählt. Schröder wird sein Nachfolger. Welche Rolle spielte der Faktor der Abwahl Helmut Kohls und die

485 | Alain Juppé (geb. 1945), französischer gaullistischer Politiker, 1993–1995 Außenminister, 1995–1997 Premierminister seines Landes.

486 | Jim Cloos (geb. 1955), luxemburgischer Diplomat.

Wahl Schröders 1998 für Ihre Rolle als Kommissionspräsident und für die Kommission als Ganzes?

Kohl war ja ein Europäer. Er hat uns unterstützt. Ich war ja unter Kohl zum Präsidenten gewählt worden. Er hatte damals 1994 den Vorschlag gemacht. Mit dem Abgang Kohls habe ich persönlich einen guten Freund verloren. Ich muss allerdings sagen, dass ich sehr überrascht im positiven Sinne des Wortes vom Amtsantritt von Joschka Fischer war. Er kam gleich zur Kommission damals und hat eine sehr engagierte europäische Politik verfolgt. Er hat uns auch immer unterstützt, genauso wie sein Staatsminister Verheugen. Das Problem war eher im Parlament. Kohl hatte eben bei der CDU, vor allem im Parlament eine große Zustimmung, die natürlich dann in den Auseinandersetzungen, die wir zum Schluss hatten, nicht gerade förderlich war, weil Kohl eben nicht mehr im Amt war und keinen Zugang mehr zu seiner Fraktion im EP hatte. Das ist ja verständlich. Das hat natürlich seine Opposition beflügelt. Die CDU und die CSU waren aggressiver gegenüber verschiedenen Mitgliedern, dem spanischen Abgeordneten Marín,⁴⁸⁷ nicht gegen mich persönlich. Marín konnte es aber nicht zur Last gelegt werden. Es war eine gereizte Stimmung, die dort aufkam und man hatte auf der nationalen Seite keinen Gegenpart, um sie zu besänftigen. Daher hat der Abgang von Kohl die Sache nicht erleichtert. Aber aus meiner Sicht hat die deutsche Präsidentschaft eine vorzügliche Arbeit geleistet. Fischer als Außenminister hat eine vortreffliche Rolle gespielt. Ich kannte ihn und seine Ansichten vor Brüssel nicht und war freudig überrascht über sein europäisches Engagement. Wenn ich heute seine Kommentare lese, muss ich feststellen, dass er weiter ist als andere Regierungen.

Eine Frage, die der britische Historikerkollege Piers Ludlow aufgeworfen hat: Welche Rolle spielt der Faktor Blair, d. h. seine Wahl zum britischen Premierminister mit Blick auf Ihre Amtszeit als Kommissionspräsident und die Kommission?

487 | Manuel Marín (geb. 1949), spanischer Politiker der Partido Socialista, 1985–1989 EU-Kommissar für soziale Angelegenheiten, Beschäftigung, Ausbildung, 1989–1993 EU-Kommissar für Entwicklung und Fischerei, 1993–1996 EU-Kommissar für Mittelmeer, Südamerika, Asien, AKP-Staaten sowie humanitäre Hilfe, 1995–1999 EU-Kommissar für Beziehungen zum Mittelmeerraum, Lateinamerika und Mittleren Osten und Vizepräsident der Kommission.

John Major wurde ja abgewählt und Tony Blair kam. Wir hatten ein großes Problem mit der BSE-Krise, dem Rinderwahn. Schon zu einer Zeit von John Major gab es Anhaltspunkte dafür und Fischler hat es deutlich gemacht: Die britische Veterinärinspektion war verantwortlich für das Aufkommen der Rinderseuche. England hat natürlich als erstes unheimlich darunter zu leiden gehabt und das war die Zeit des Amtsübergangs zwischen Major und Blair. Ich kann mich sehr gut erinnern. Obschon Tony Blair eher europabetonter war als John Major hat es die Beziehungen zwischen der EU und England sehr stark beeinträchtigt. Es ging ja sogar so weit, dass die Briten die komplette Zusammenarbeit einmal wesentlich blockiert haben. Ich habe es zur Chefsache erkoren, dass wir eine Vereinbarung aus Turin erhielten, so dass die Engländer zurückziehen konnten. Das hat natürlich die Antrittsphase von Tony Blair erschwert. Er war aber immer sehr freundlich gegenüber der Kommission, nicht aggressiv. Ich hatte öfters Gespräche mit ihm darüber und wir hatten keine persönliche Auseinandersetzung, sondern eine sachliche. Die Briten haben unter der BSE-Krise sehr stark gelitten, aber sie hatten es verschuldet und sie wollten die Schuld nicht auf sich nehmen. Wir haben versucht, die Sache zu bereinigen, was uns gelungen ist. Das Misstrauensvotum haben wir überstanden. Aber das ging auch wieder auf die Vorgängerkommission zurück. Denn der erste Ausbruch der Krise geschah noch zu der Zeit meines Kollegen René Steichen,⁴⁸⁸ der Kommissar für Landwirtschaft und Vorgänger von Fischler war. Er hat es bereinigt, aber später hat man ihm vorgeworfen, die Kontrolle sei nicht stärker durchgeführt worden. Meines Erachtens verhielt sich Fischler richtig in dem Sinne, dass er gesagt hat, die Kontrolle werde nicht von der Kommission getätigt, sondern von der nationalen Regierung. Der Veterinärstand in Großbritannien wurde schon unter Thatcher liberalisiert und hat zu diesen Ausmaßen geführt. Wir hatten in der Veterinärkommission lediglich 57 Kontrolleure für ganz Europa. Erst 1996 beim Gipfel von Turin wurde es endgültig geregelt.

Wie war eigentlich das Verhältnis zu Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac, abgesehen von der Causa Cresson am Ende?

Mit Chirac hatten wir ein gutes Verhältnis. Er hat sich immer interessiert für die verschiedenen Punkte, besonders auch in der Verwaltung.

488 | René Steichen (geb. 1942), luxemburgischer Politiker der CSV, 1993–1995 EU-Kommissar für Landwirtschaft und Fischerei.

In der BSE-Krise hatten wir auch Probleme. Wir wollten den französischen Generaldirektor ersetzen. Da hat er sich eingesetzt, als ob er bei den Franzosen war. Er hatte immer ein Auge auf verschiedene Bereiche, besonders auf die Landwirtschaftspolitik. Ich kann mich gut erinnern, dass wir öfters antreten mussten. Aber sonst hatten wir ein relativ freundschaftliches Verhältnis. Wir gingen auch regelmäßig ins Elyssée.

Ich frage deshalb, weil in einem Aufsatz von John Peterson steht, dass Chirac Ihnen gegenüber oft sehr von oben herab aufgetreten, ja und auch abfällig, jedenfalls nicht sehr respektvoll mit Ihnen umgegangen wäre.⁴⁸⁹

Das kann ich nicht so sehen. Im Gegenteil, wir haben uns auch geduzt. Es gab keine Probleme.

Quasi nach dem Motto „Dieser Kommissionspräsident ist aus einem kleinen Land und wir sind die Grande Nation, mit dem können wir so umspringen“.

Das kam vielleicht zum Ausdruck, wenn wir gemeinsame Pressekonferenzen hatten. Chirac hat dort immer das Wort monopolisiert, das muss man sagen. Aber es ist so: Er war Präsident der Republik, das muss man sehen und er hatte auch nicht so viele Gelegenheiten sich zu äußern. Ich hatte jedoch nie den Eindruck oder Verdacht, dass er sich herablassend äußert, ganz im Gegenteil.

In dem erwähnten Aufsatz im Journal of European Public Policy steht auch, dass es wichtig ist, dass der Kommissionspräsident Koalitionen aufbauen kann, sie billigen kann, nicht nur mit Blick auf die EU-Institutionen, sondern auch mit Blick auf die Mitgliedsstaaten. Welche Koalitionsbildungen unter Parteien bzw. Staaten waren für Ihre Arbeit als Kommissionspräsident erfolgversprechend und letztlich auch erfolgreich? Was waren gute Kombinationen?

Selbstverständlich haben alle Staaten ihr Mitspracherecht usw. Man muss ja davon ausgehen, dass man immer versuchen muss, die großen

489 | John Peterson: *The Santer Era: The European Commission in Normative, Historical and Theoretical Perspective*, in: *Journal of European Public Policy* 6 (March 1999) 1, S. 46–65.

Mitgliedsstaaten für sich zu gewinnen. Das ist doch klar, sonst kann man nichts bewirken. Aber auch ein kleiner Staat muss einen großen Freund haben. Das haben wir ja hier in Luxemburg gelernt. Deshalb ist es wichtig, dass man mit den Großen übereinkommt, obwohl hier und da viele Gegensätze sind, z. B. zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien oder Spanien. Die Gegensätze muss man eben überbrücken. Selbst beim Mehrheitswahlrecht, wenn Mehrheitsentscheidungen fielen, haben wir immer darauf geachtet, dass man immer einigermaßen zu einer Einstimmigkeit gelangte. Deshalb ist es wichtig, dass man vermittelnd eingreifen kann. Dass man nicht jeden gegen jeden ausspielen kann, um eine Mehrheit zu erreichen. Ich glaube, es ist wichtiger, dass man eine Einheit bildet, besonders mit den großen Staaten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man einen großen Staat irgendwie ausschließen kann in einer Mehrheitsentscheidung. Deshalb muss man selbstverständlich auf alle Staaten zugehen. Wir hatten 15. Heute wird es schwieriger sein, es sind 27. Für die Barroso-Kommission ist das wahrscheinlich eine sehr große Herausforderung. Ich hatte mit 15 zu tun, das war schon schwierig, aber sie hatten trotzdem noch irgendwie einen Zusammenhalt. Aber mit 27 oder 28, wenn Kroatien noch hinzukommt, wird das schon schwierig sein. Das wird wahrscheinlich für diese Kommission und die folgenden eine der größten Herausforderungen.

Was waren erfolgreiche Koalitionen in manchen Sachfragen oder Politikfeldern? Woran haben Sie eine gute Koalitionsbildung in Erinnerung? Wo würden Sie sagen hat es nicht funktioniert?

Es hat z. B. vortrefflich funktioniert mit der Währungsunion, obwohl das nicht einfach war. Wir hätten nie die Währungsunion erhalten, wenn wir nicht Frankreich und Deutschland zusammenbekommen hätten. Für die Briten und die Deutschen ist das etwas anderes. Aber mit Deutschland und Frankreich musste eine Zusammenarbeit herbeigeführt werden. Das hat funktioniert, obwohl Gegensätze überbrückt werden mussten auf dem Gipfel in Dublin, nicht im Rat. Ohne die Übereinstimmung der zwei großen Staaten wäre es nie zu einer Währungsunion gekommen, das ist ganz klar. Selbstverständlich musste man auch mit Spanien, Italien, Griechenland war noch nicht dabei, den Südländern eine Übereinstimmung finden. Aber Spanien hatte damals große wirtschaftliche Strukturreformen unternommen. Italien in gewissem Sinne auch, wenn auch nicht so deutlich wie Spanien. Italien hatte eine größere Staatsverschuldung. Auch Belgien hatte, genau wie heute noch, eine

große Verschuldung. Guy Verhofstadt⁴⁹⁰ war damals Finanzminister. Sie haben große Anstrengungen unternommen, um die starke Außenverschuldung herunterzufahren. Es erscheint mir nicht richtig, was heute oft verkündet wird, nämlich, dass es ein Fehler war, die Währungsunion damals einzuführen. Der Fehler war, dass verschiedene Länder sich nicht an die Verträge gehalten haben. Ohne das hätten wir nicht diese Probleme.

Ein weiteres Zitat des erwähnten Aufsatzes lautet: „A historical perspective revealed that Santer was not the first commission president to find himself trying to lead a group of high-powered selfconfident former ministers“, darunter sechs frühere Premier-, Außen- und Finanzminister. Es ist von einer „politisation of the colleagues“ die Rede, also von einer Politisierung dieses Kollegiums aufgrund der Vorerfahrungen so vieler Minister. Weiter heißt es: „A historian’s view shows that Santer was not the first president to find it difficult to endorse collective responsibility“. In Ihrer Kommission waren sechs vormalige Minister. Politisierung des Kollegiums? War es aufgrund dieser Politisierung nicht auch schwierig, wie es hier heißt, ein Bewusstsein für kollektive Verantwortung zu schaffen?

Das ist ein großes Problem. Das Kollegium wurde immer als ein technokratisches Kollegium dargestellt, was nicht gewählt wurde und nicht die Legitimation durch eine Wahl hat. Deshalb war die Herstellung von Ansehen damals schon die Aufgabe, die ich vom Rat und vom Parlament empfangen hatte, nämlich dass sich die Kommission auch legitimieren müsste. Deshalb wurde ich ja vom Parlament gewählt. Aber sie wollten auch Leute haben, die entweder schon Abgeordnete des Europaparlaments waren oder Minister waren, die schon in ihren Ländern gewählt waren. Dass sie eine politische Legitimation hatten, war die Ursache. Natürlich hat man mit politischer Legitimation eine andere Verantwortung als als Technokrat. Das sieht man jetzt ja auch mit den eingesetzten technokratischen Regierungen, sei es in Italien, sei es zum Teil in Griechenland. Das ist das Dilemma. Entweder kann man das Kollegium ganz wählen, aber dafür sind wir noch nicht reif. Dazu müssen die europäischen Parteien anders strukturiert sein usw. oder man wählt Leute, die wirklich eine nationale politische Legitimation

490 | Guy Verhofstadt (geb. 1953), belgischer Politiker der flämischen Liberalen, 1999–2008 Premierminister seines Landes, seit 2009 Mitglied des EP.

haben. Dann wird es zu einer Politisierung des Organs führen. Das ist ganz klar. Das war damals gewollt, weil man sagte, man sollte von diesem Demokratiedefizit weg und zu einer größeren Legitimation kommen.

War es für Sie schwierig, mit dieser Politisierung umzugehen? War es ein Hindernis?

Für mich war es kein Hindernis, weil ich ja selbst Minister und Präsident einer europäischen Partei, der EVP, war. Von der Partei her gesehen war ich Christdemokrat. Dieses Problem wurde dann gelöst in nachträglichen Verträgen, z. B. Nizza und dadurch, dass der Präsident eine Vormachtstellung bekam, die der damalige Präsident nicht hatte. Ich konnte ja keine Kommissare entlassen usw. Das kann der jetzige Präsident tun, selbstverständlich unter bestimmten Bedingungen. Er hat auch eine Vormachtstellung insofern, dass er die strategischen Ziele angeht. Das war früher nicht der Fall. Deshalb war es vielleicht etwas schwieriger, das Gremium so zu handhaben.

Ich würde nun gerne noch auf die letzten Monate Ihrer Zeit als Kommissionspräsident eingehen, wo Sie auch im Mittelpunkt der Debatten standen, weil dieser Vorgang einmalig in der Geschichte war. Ich fange gleich an mit einem Zitat aus European Voice von September 1998, wo Sie gesagt haben „I’m ready to continue this work“. Gemeint war die Agenda 2000 und die Reformen, die damit in Zusammenhang standen. Offensichtlich sind Sie wie selbstverständlich im September 1998 davon ausgegangen, dass Sie Ihre Arbeit fortsetzen werden. Ab wann war für Sie klar geworden, dass dies nicht einfach möglich sein würde?

Das kann ich Ihnen ganz klar sagen. Es war ein relativ kurzer Zeitabschnitt. Der Auslöser der Krise begann erst im September 1998. Das war als Frau Cresson diesen Prozess gegen Liberation führte, von dem ich abgeraten hatte und wir mit ihr Schwierigkeiten bekamen. Eine gewisse Zeit lang passierte nichts bis es dann zu einer Ballung kam, wo ich persönlich nicht im Mittelpunkt stand, sondern Frau Cresson und Marín. Ich muss Ihnen ehrlich sagen in Solidarität mit allen Kommissionsmitgliedern habe ich sie zuerst in Schutz genommen. Ich habe gesagt es genügt nicht, dass jemand etwas schreibt. Solange jemand nicht verklagt ist, kann man nichts dagegen sagen. Daraus hat sich dann eine Ballung der Medien ergeben, wie man sie jetzt wieder bei

der Affäre von Christian Wulff findet. Wenn man die Medien angreift, kommt eine Koalition von Gleichgesinnten zum Tragen in der Medienlandschaft. Alle hatten sich auf die Sache gestürzt. Ein Fall nach dem anderen wurde aufgerollt: Freundschaft, wo sie ihre Arbeit nicht gemacht hätte, Parlamentsausschuss usw. bis dass es zur Diskussion im Parlament kam. Dann kamen andere Vorwürfe gegen andere Mitglieder, sieben Stück, auch einer gegen mich, obwohl ich damit nichts zu tun hatte. Um das alles abzuwürgen, kam auf Vorschlag von Neil Kinnock⁴⁹¹ die Bereitschaft zur Einsetzung einer unabhängigen Kommission. So sollte die Sache bereinigt werden. Die eingesetzte Kommission war nicht gerade so unabhängig wie man sie sich hätte vorstellen können. Ihr Präsident war der frühere holländische Präsident des Kontenausschusses hier in Luxemburg. Der hatte anscheinend ein Hühnchen zu rupfen mit Marín. Das wusste ich aber nicht. Später sind die Sachen aufgefliegen. Ich war mit den Ermittlungen einverstanden. Verschiedene Leute sind aufgestellt worden, die ihren Bericht erstellen sollten. Als der Bericht herauskam, hatten wir einen Tag Zeit, um ihn zu begutachten, tags darauf sollte er schon publiziert werden. Es muss am 14. März gewesen sein, als ich ihn angeschaut habe. Er war ohne Schlussfolgerung vorgesehen. Nur eine Sache, die zurückgefallen war, war die von Frau Cresson. Marín wurde erwähnt, Wulf-Mathies⁴⁹² wurde erwähnt. Ich gab also den Bericht zurück, befand alles in Ordnung, wollte Chirac anrufen, denn wenn Frau Cresson demissioniert, wäre alles in Ordnung gewesen. Die Leute im Parlament ziehen ja die Schlussfolgerungen aus dem Bericht. Am nächsten Tag wurde der Bericht publiziert, allerdings mit Schlussfolgerungen, die ich nicht eingesehen hatte. Der ausschlaggebende Satz bestand darin, dass es überhaupt kein kollektives Verantwortungsbewusstsein in dieser Kommission gäbe nach Auffassung des Rats der Weisen. Ich weiß, wer diese Schlussfolgerung geschrieben hat, nämlich der französische Vertreter. Er wollte natürlich nicht, dass Frau Cresson als Einzelperson abspringen müsste. Als dieser Satz herauskam, waren natürlich alle Kommissionsmitglieder aufgebracht und meinten dass man sich das nicht bieten lassen könne. Das Parlament sprang auf das Vorwurfswort „kollektiv“ und die gesamte Kommission stand dann vor dem Offenbarungseid. Das kam erst am 14./15. März.

491 | Neil Kinnock (geb. 1942), britischer Politiker der sozialdemokratischen Partei, 1995–1999 EU-Kommissar für Verkehr, 1999–2004 EU-Kommissar für Personal und Verwaltung sowie Vizepräsident der Kommission.

492 | Monika Wulf-Mathies (geb. 1942), deutsche Politikerin der SPD, 1995–1999 EU-Kommissarin für Regionalpolitik.

Ich war noch immer der Auffassung, und das entnehmen Sie auch meinen Äußerungen im Parlament, das kann man ja nachlesen, wenn es einen Fehler gegeben hat, soll diese Kommission es selbst aufdecken. Aber ich habe niemals geglaubt, dass man die gesamte Kommission beschuldigen würde. Wir hatten natürlich eine längere Diskussion in der Kommission. Frau Cresson war natürlich der Meinung die Kommission müsste gehen. Dann kam die Nachricht, dass auch die EVP-Gruppe sich wahrscheinlich einem kollektiven Misstrauensvotum anschließen würde. Karel van Miert⁴⁹³ sagte: „Das lassen wir uns nicht gefallen“, dann demissionieren wir ohne Misstrauensvotum und ohne wenn und aber. Wir waren fast am Ende unseres Mandats angekommen. Das haben wir rechtlich untersuchen lassen. Wenn man einem Misstrauensvotum, was ja noch nicht so eindeutig war, nachgeben würde, könnte man nur noch die Geschäfte weiterführen. Aber wenn man demissionieren würde, individuell und kollektiv, könnte man nach der Satzung vom Rat wieder eingesetzt werden und könnte die Geschäfte weiterführen bis zum Schluss. Es gab eine lange Diskussion, denn Leute wie z. B. Leon Brittan⁴⁹⁴ wollten nicht demissionieren. Unter Zeitdruck und mit einer gewissen Nervosität und Spannung, es gab schon Leitungen zur Presse und dies und jenes, haben wir uns genötigt gesehen, einzeln zu demissionieren und tags darauf wurden wir wieder vom damaligen Kanzler Schröder, dem ich in Brüssel begegnet war, eingesetzt. Er sagte, er habe vollstes Vertrauen. Das pikanteste ist ja, dass der spanische Professor, der auch Mitglied dieser Kommission war, gleich demissioniert hatte. Er wollte nichts davon wissen. Der belgische Professor, den ich ganz gut kannte, er war *Advocat général*, hat in einer belgischen Zeitung ein Interview gegeben und gemeint, die Kommission habe zu schnell reagiert, so hätten sie es nicht gedacht, sie sollten mal einen Tag darüber schlafen und dann wäre die Sache bereinigt gewesen. *Mal était fait*. Ich möchte zwar sagen, wenn man durchgehalten hätte und offensiv vorgegangen wäre, weiß ich nicht, ob das Parlament die Zweidrittelmehrheit erreicht hätte. Wir wollten klaren Tisch machen und so ist es dann

493 | Karel van Miert (1942–2009), belgischer Politiker der flämischen Sozialisten, 1989–1993 EU-Kommissar für Verkehr und Verbraucherschutz, 1993–1995 EU-Kommissar für Wettbewerb, Personal und Verwaltung, Übersetzung und Datenverarbeitung, 1995–1999 EU-Kommissar für Wettbewerb.

494 | Leon Brittan (geb. 1939), britischer Politiker der konservativen Partei, 1989–1993 EU-Kommissar für Wettbewerb und finanzielle Institutionen, 1993–1995 EU-Kommissar für Außenwirtschaft und Handelspolitik, 1995–1999 EU-Kommissar für Handel und Vizepräsident der Kommission.

erfolgt. Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Bis zu diesem Tag und ein wenig vorher hatte ich es nicht geglaubt. Ich hatte auch überall Zustimmung. Es war auch kein anderer Kandidat, der sich erklärt hat.

Hat man die Gefahr dieser medialen Ballung und Eigendynamik unterschätzt?

Ganz klar. Wir haben auch andere Sachen unterschätzt. Der Fehler der Entlastung der Kommission durch das Parlament. Das war der Zuständigkeitsbereich von Erkki Liikanen.⁴⁹⁵ Jede Woche hatten wir einen Bericht im Kollegium. Er sagte, er komme da schon hin. Er ginge ein paar Whiskey trinken mit diesem und jenem und dann wäre die Sache in Ordnung. Aber es ging nicht in Ordnung. Als es bei uns auf den Tisch kam, dass die Entlastung nicht gewährt werden sollte, es war noch keine Abstimmung im Parlament, da lag das Kind schon im Brunnen. Dann wurde ich beauftragt, es herauszuziehen. Aber da war es zu spät. Sie hatten sich schon geeinigt. Immerhin gab es verschiedene Parlamentarier, die natürlich froh waren. Wir hatten auch Verfechter, die sich dafür eingesetzt haben, dass wir bleiben sollten. Vielleicht hätte man überzeugt, wenn man noch eine Woche durchgehalten hätte und es begründet hätte. Aber wir hätten Frau Cresson opfern müssen, das war ganz klar. Da war natürlich das Problem mit den Franzosen. Chirac wollte nicht. Jospin war etwas geschmeidiger. Er sagte „Sie war ja Premierministerin und von meiner Partei, ich kann mich nicht gegen sie stellen“. Aber Chirac habe ich nie verstanden. Ich hatte Ihnen ja erzählt, dass er mir auf dem Petersberg gesagt hatte, er würde ihr verbieten zu demissionieren. Erst jetzt habe ich durch sein Buch erfahren, weshalb er so zu Édith Cresson stand. Sie war nämlich die Fürsprecherin für ihn bei Mitterrand. Sie war auch bei der Buchpräsentation dabei. Dort habe ich die Seilschaft erkannt. Ich hatte es unterschätzt. Wenn ich das vorher gewusst hätte, hinterher ist man immer gescheiter, dann hätte ich mich anders verhalten.

Was hätten Sie anders gemacht?

Ich hätte mich nicht zu Beginn so solidarisch mit Édith Cresson verhalten. Für Marín war es eindeutig, er hatte sich nichts vorzuwerfen. Das

495| Erkki Liikanen (geb. 1950), finnischer Politiker der sozialdemokratischen Partei, 1995–1999 EU-Kommissar für Haushalt, Personal und Verwaltung, 1999–2004 EU-Kommissar für Industrie und Informationsgesellschaft.

kam auch im Nachhinein zum Ausdruck. Ich hätte mich auch im Parlament gegenüber meiner Fraktion, der EVP, anders verhalten.

Für Sie persönlich war offensichtlich klar, dass Sie an Ihrem Europaengagement, an Ihrer Europatätigkeit unabhängig von diesem Geschehen im März 1999 weiter festhalten wollten. Sie sind ja dann noch weiter tätig gewesen.

Das wollte ich bewusst. Erstens, damit verschiedene Leute im neu gewählten Parlament, die alten Parlamentarier haben durch meine Präsenz einen Schock erlitten, wussten, was erfolgt ist. Verschiedene haben sich ein wenig betroffen gefühlt. Zweitens wollte ich diese Arbeit noch weiter verfolgen, wenigstens für weitere fünf Jahre. Das habe ich auch getan.

Ich finde es interessant, dass Sie nicht die Flinte ins Korn geworfen haben.

Nein, das wollte ich nicht. Ich hatte auch keine Schwierigkeit, mich mit meinen neuen Kollegen zurechtzufinden.

Das ist ein wichtiger Hinweis, dass Sie sich persönlich nichts vorzuwerfen hatten und es auch kein persönliches Schuldeingeständnis gewesen wäre. Wenn Sie alles hingeworfen hätten, hätte man es so interpretieren können.

Ja sicher. Ich habe wirklich mitgearbeitet in der Fraktion und im Parlament. Ich bin ja auch danach Mitglied des Verfassungsausschusses geworden und ich muss sagen meine Interventionen, die gut überlegt waren, wurden immer stark aufgenommen. Ich habe mich hauptsächlich im außenpolitischen Ausschuss eingesetzt.

Es gibt Beobachter der Szene, die neutral waren und die eigentlich sehr bedauern haben, dass Ihre Kommission so enden musste, weil sie der Meinung sind: Santer ist ein integerer Mann. Santer war ein Sachpolitiker. Er war bemüht, die Agenda Delors fortzusetzen. Die Santer-Kommission war in vielen Punkten erfolgreich. In vielen Bereichen sind Durchbrüche und Teilerfolge erzielt worden. Eigentlich ist es ungerecht, dass ein Mann aus einem sehr pro-europäischen Land, dessen Europaqualitäten außer Zweifel stehen, auf diese Weise nun seine Amtstätigkeit einstellen muss. Für diese Vorgänge ist er

persönlich gar nicht verantwortlich zu machen. Haben Sie solche Reaktionen auch vernommen im Rückblick? Hat man im Rückblick bedauert, dass man im Grunde auch die Kommission mit diesem Vorgang ganz deutlich in die Ecke gestellt hat?

Ja, das ist schon richtig. Ich habe viele Sympathiebezeugungen im Nachhinein erlebt, sowohl aus dem Ausland aber auch von Brüssel aus gesehen, besonders in den Verwaltungen usw., so dass ich von da aus schon eine gewisse Beruhigung hatte. Auch später wurde ich hier und da noch angesprochen. Woran ich aber noch immer gedacht habe ist, dass der Kommission als Institution kein Schaden zugefügt wird. Deshalb habe ich auch immer dafür plädiert, dass die Stellung des Präsidenten gestärkt werden müsse, dass er mehr Macht bekommen sollte für die Ausübung seiner Befugnisse. So konnten wir die Kommission als Institution stärken. Es wäre anders gewesen, wenn wir mittendrin gewesen wären. Aber wir hatten unser Programm fast erledigt und bis September/Okttober ist die Kommission ja weitergeführt worden, so dass der Übergang relativ gut vollzogen wurde.

Vielen Dank für das ausführliche Gespräch mit Ihnen!